



**EUROPÄISCHE KOMMISSION**  
Generaldirektion Bildung und Kultur

Brüssel, 17. Dezember 2003

**Strategien für das lebenslange Lernen in Europa:**

**Bericht zur Umsetzung der Ratsentschließung von  
2002 zum lebensbegleitenden Lernen**

**EU und EWR-EFTA-Länder**

Erarbeitet von der Europäischen Kommission mit  
Unterstützung des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop)

**Contact persons:** Roger O'Keeffe ([Roger.O'Keeffe@cec.eu.int](mailto:Roger.O'Keeffe@cec.eu.int)),  
Michael Adams ([jma@cedefop.eu.int](mailto:jma@cedefop.eu.int)), Luce Pépin ([Luce.pepin@cec.eu.int](mailto:Luce.pepin@cec.eu.int))

## Inhalt

<b>A. Einleitung</b>	<b>4</b>
<b>B. Allgemeine Schlussfolgerungen und Trends</b>	<b>6</b>
Lebenslanges Lernen – ein Leitmotiv gewinnt an Bedeutung	6
- Im Vordergrund stehende Themen	6
- Weniger beachtete Themen	7
- Typologie von LLL-Konzepten	7
Grundkompetenzen	8
Lernen am Arbeitsplatz; Rolle der Sozialpartner	8
Finanzierung des lebenslangen Lernens; öffentlich-private Partnerschaften	9
Bessere Zugänglichkeit	9
Information und Beratung	10
Abschlüsse und Anerkennung erworbener Kompetenzen	10
Schaffung einer Lernkultur „von der Wiege bis zur Bahre“ – einige fehlende Glieder	11
Europäische Dimension	11
<b>C. Detaillierte Analyse der nationalen Beiträge</b>	<b>12</b>
<b>I. Allgemeiner Rahmen</b>	<b>12</b>
Rechtsrahmen (F1)	12
- Nichtstaatliche Akteure	13
- Dezentrale Strukturen im Dienste des Einzelnen	13
Koordinierung zwischen Ministerien (F2)	14
<b>II. Aufbau von Partnerschaften</b>	<b>16</b>
Partnerschaften auf lokaler Ebene (F3)	16
Mitwirkung der Sozialpartner (F4)	17
Rolle der Bildungseinrichtungen bei der Förderung des LLL (F5)	18
- Verbindung von Arbeit und Lernen	18
- Schulen und Erstausbildung	19
- Hochschulbildung	19
- Erwachsenenbildung	19
<b>III. Einblicke in die Nachfrage nach Lernmöglichkeiten</b>	<b>20</b>
Zugang zu Grundkompetenzen für alle (F6)	20
- Betreuung und Entwicklung im frühen Kindesalter	20
- Grundkompetenzen; Lese- und Schreibfähigkeit	20
- Spezielle Gruppen	21
IKT-Kompetenzen (F7)	22
- Den unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten gemäße Ziele und Prioritäten	22
- IKT-Nutzung im Unterricht	22
- IKT als Mittel den Zugang zum Lernen zu erleichtern	23
- Lehrer und Ausbilder	23
Förderung des LLL am Arbeitsplatz (F8)	23
Anreize für Unternehmen, in LLL zu investieren (F9)	24
<b>IV. Ausreichende Mittelbereitstellung</b>	<b>26</b>
Zielvorgaben der Regierung für Investitionen in Humanressourcen (F11)	26
Zuweisung neuer Mittel bzw. Umlenkung von Mitteln für neue prioritäre Bereiche (F12)	27
- Zugang zu Grundbildung über den zweiten Bildungsweg	27
Anregung privater Investitionen in die Bildung (F13)	27
Öffentlich-Private Partnerschaften (Public-private partnerships) (F14)	28
<b>V. Erleichterung des Zugangs zu Bildungsmöglichkeiten</b>	<b>29</b>
Hürden für den Zugang zum Lernen; soziale Integration (F15, F16)	29
- Soziale Integration	29
- Zuwanderer und ethnische Gruppen	30
- Gleichstellung der Geschlechter	31
- Zugang zu IKT	31

Jugend (F17).....	32
Ältere Bevölkerung (F18).....	32
Berufsorientierung (F19).....	33
<b>VI. Entwicklung einer Lernkultur</b> .....	<b>35</b>
Maßnahmen zur Förderung einer Lernkultur (F20).....	35
Die lebensweite Dimension des lebenslangen Lernens (F21) .....	36
<b>VII. Streben nach Exzellenz</b> .....	<b>37</b>
Verbesserung der Qualität des Angebots für lebenslanges Lernen (F22).....	37
Überprüfung der Strategien und der Verknüpfung mit anderen Politikbereichen (F23) .....	38
<b>Anhang</b> .....	<b>39</b>

# **Strategien für das lebenslange Lernen in Europa:**

## **Bericht zur Umsetzung der Ratsentschließung von 2002 zum lebensbegleitenden Lernen**

### **A. Einleitung**

1. Seit dem Europäischen Jahr des lebensbegleitenden Lernens (1996), als der Rat erstmalig Schlussfolgerungen<sup>1</sup> zu diesem Thema verabschiedete, hat die Bedeutung des lebenslangen Lernens sowohl auf Gemeinschaftsebene als auch auf einzelstaatlicher Ebene beträchtlich zugenommen. Es stellt ein Kernelement der neuen Wirtschafts- und Sozialstrategie dar, die vom Europäischen Rat im März 2000 für die Jahre bis 2010 verabschiedet wurde. Ferner fungiert es als Leitmotiv für das entsprechende Arbeitsprogramm zur Umsetzung der Ziele der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa<sup>2</sup> [(„Allgemeine und berufliche Bildung 2010“)], das nunmehr den einheitlichen, umfassenden Rahmen für gemeinschaftliche Zusammenarbeit auf diesem Gebiet bildet. Auch andere internationale Entwicklungen, insbesondere die Übernahme des lebensbegleitenden Lernens als Leitthema der Tätigkeit der OECD auf dem Gebiet der Bildung seit 1996, haben zur Förderung dieses Gedankens beigetragen. Es deutet immer mehr darauf hin, dass sich die Öffentlichkeit der Bedeutung des lebenslangen Lernens stärker bewusst wird, wie aus der Eurobarometer-Erhebung vom Januar/Februar 2003 hervorgeht<sup>3</sup>.
2. Im November 2001 veröffentlichte die Kommission die Mitteilung „*Einen Europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen*“<sup>4</sup>, die zur Annahme einer Entschließung des Rates zum lebensbegleitenden Lernen am 27. Juni 2002<sup>5</sup> führte. Im März 2003 verschickte die Kommission einen Fragebogen (siehe Anhang) an die EU-Mitgliedstaaten, die dem EWR angehörenden EFTA-Staaten sowie die Beitritts- und Bewerberländer zur Umsetzung dieser Entschließung und ihrer Mitteilung. Mit einer Bestandsaufnahme der Initiativen zur Weiterentwicklung kohärenter und umfassender Strategien für das lebensbegleitende Lernen in den teilnehmenden Ländern sollte der Fragebogen als Grundlage für die Erstellung eines entsprechenden Sachstandsberichts dienen. Die im vorliegenden Bericht aufgeführten Schlussfolgerungen sind Bestandteil des Zwischenberichts über das Arbeitsprogramm zur Umsetzung der Ziele der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa, der zur Tagung des Europäischen Rates im Frühjahr 2004 vorliegen soll.
3. Das vorliegende Dokument, das mit Unterstützung des Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop) erarbeitet wurde, vermittelt einen Überblick über die Antworten der EU- und EWR-EFTA-Staaten. Die Ergebnisse der Analyse der Antworten aus den Beitritts- und Bewerberländern wurden in einem gesonderten Dokument<sup>6</sup> zusammengefasst, das auf Ersuchen der Europäischen Stiftung für Berufsbildung (ETF) von der Kommission erstellt wurde. In der Analyse der Antworten wurden ferner die nationalen

---

<sup>1</sup> Schlussfolgerungen des Rates vom 20. Dezember 1996 zu einer Strategie für lebensbegleitendes Lernen, ABl. C7 vom 10.01.1997.

<sup>2</sup> ABl. C142 vom 14.06.2002.

<sup>3</sup> Lifelong learning: citizens' views (Europäische Kommission/Cedefop). Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2003.

<sup>4</sup> KOM(2002) 678, endg. (November 2001).

<sup>5</sup> ABl. C163 vom 09.07.2002.

<sup>6</sup> [http://europa.eu.int/comm/education/policies/2010/lll\\_en.html](http://europa.eu.int/comm/education/policies/2010/lll_en.html)

Aktionspläne für Beschäftigung (NAP) berücksichtigt, deren Leitlinien die Erarbeitung von umfassenden und kohärenten Strategien für das lebensbegleitende Lernen beinhalten. Die Schlussfolgerungen aus den NAP sind im Gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2002<sup>7</sup> zu finden.

4. Das vorliegende Dokument hält sich zwar an den Aufbau des Fragebogens (der selbst auf den in der Mitteilung der Kommission festgelegten sechs Bausteinen beruht), doch soll auch ein Überblick über die gegenwärtige Situation in den betrachteten Ländern gegeben werden. Anstelle einer erschöpfenden Aufzählung aller ermittelten Maßnahmen und Initiativen werden die Hauptpunkte und Trends hervorgehoben, die sich aus der kollektiven Analyse der Antworten ergeben.
5. Die Ausführlichkeit der Antworten schwankte zudem beträchtlich zwischen weniger als 15 und über 150 Seiten, so dass es schwierig war, die Situation in allen Ländern auf vergleichbarer Grundlage einzuschätzen. Daher sind die generellen Schlussfolgerungen zwangsläufig noch nicht gesichert. Ungeachtet der Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern bei Fragen wie Entwicklungsstand der Erwachsenenbildungssysteme, Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung oder Grad der Zentralisierung oder Dezentralisierung der Systeme wurde es als angebracht angesehen, sie in einen europäischen Zusammenhang zu stellen. Ein Informationsaustausch zu bewährten Praktiken ließe sich anregen, indem auf einige Verfahren oder Innovationen hingewiesen wird, die andere Länder als beispielhaft oder beachtenswert ansehen könnten. Ansätze, die sich in einem Land bewährt haben, sind möglicherweise nicht ohne eine gewisse Anpassung auf die Bedingungen eines anderen Landes anwendbar, doch können sie Erfahrungen vermitteln, die bei den entsprechenden Anpassungen von Bedeutung sind.
6. In diesem Zusammenhang seien hier kurz einige Entwicklungen auf europäischer Ebene genannt. Im März 2003 richtete die Kommission unter dem Namen *PLOTEUS* ein Internetportal zu Ausbildungsmöglichkeiten in ganz Europa ein. Der Ausgangspunkt dafür war ein Ersuchen des Europäischen Rats (Lissabon 2000 und Stockholm 2001), wonach die Kommission und die Mitgliedstaaten einen europaweiten Dienst einrichten sollten, der Informationen zu Arbeitsplätzen und Ausbildungsmöglichkeiten anbietet. Im April 2003 brachte die Kommission die Initiative *RL3* auf den Weg. Dabei werden 120 lernende Regionen miteinander verknüpft, so dass sie Know-how austauschen und Methoden zur Förderung des lebensbegleitenden Lernens auf regionaler Ebene entwickeln können. Im März 2002 nahmen die Sozialpartner (UNICE/UEAPME, CEEP und EGB) einen gemeinsamen Aktionsrahmen für die lebensbegleitende Entwicklung von Kompetenzen und Qualifikationen als Beitrag zur Umsetzung der Lissabonner Strategie an. Im März 2003 erstellten die Sozialpartner einen ersten Jahresbericht, der auf die ersten Schritte zur Umsetzung des Aktionsrahmens einging.

---

<sup>7</sup> KOM(2002) 621 endg., Begleitdokument SEK(2002) 1204.

## B. Allgemeine Schlussfolgerungen und Trends

### Lebenslanges Lernen – ein Leitmotiv gewinnt an Bedeutung

1. Aus der Analyse der Antworten geht hervor, dass die Entwicklung hin zu einer umfassenden Strategie für das lebenslange Lernen (LLL) allmählich erfolgt und dass in der Zeit seit der Entschließung und der Auswertung der NAP für 2002 der Beitrag der Länder nicht lediglich im Hinblick auf die seitdem erzielten Fortschritte beurteilt werden kann. Ein Grund liegt vor allem darin, dass die einzelnen Länder in ihren Antworten nicht immer eindeutig unterscheiden, ob die Maßnahmen in den letzten ein, zwei Jahren eingeleitet wurden oder ob es sich um Maßnahmen handelt, die bereits einige Zeit vorher liefen. Daher stellt das vorliegende Dokument eine Momentaufnahme der laufenden Arbeiten und keinen Versuch dar, genau zu messen, was sich seit der Entschließung des Rates verändert hat. Es bestätigt die Schlussfolgerung aus der Prüfung der NAP, dass die Länder durchaus Fortschritte machen, wenn auch in unterschiedlichem Tempo und von unterschiedlichen Ausgangspositionen aus. Die Strategien unterscheiden sich ihrer Kohärenz und ihrem Umfang nach, und **es bedarf noch einiger Anstrengungen, bevor man davon sprechen kann, dass alle Länder über eine gut entwickelte Kultur des lebenslangen Lernens mit weitgehender Akzeptanz und unter Mitwirkung der Bevölkerung verfügen**. Angesichts der Vielfalt der Initiativen und der Tatsache, dass einige Länder offenbar gut vorangekommen sind, wäre es nützlich, wenn der Austausch bewährter Praktiken vor allem hinsichtlich der Definition und Umsetzung kohärenter und umfassender Strategien in die weitere Arbeit aufgenommen würde.
2. Generell widerspiegelt sich in der Politik der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung in zunehmendem Maße das Interesse am lebensbegleitenden Lernen, wobei es im weitesten Sinne interpretiert wird und alle Formen des Lernens, an allen Orten, mit allen denkbaren Instrumenten und allen Arten von pädagogischen Ansätzen umfasst. Man betrachtet LLL als die gesamte Bevölkerung betreffend, wobei den besonderen Bedürfnissen spezieller Zielgruppen besonderes Augenmerk gewidmet wird. Zwar wird der Grundsatz des lebensbegleitenden und lebenslangen Lernens in allen Mitgliedstaaten anerkannt, doch bestehen hinsichtlich des Umfangs, in dem es in der Praxis in einige oder alle Komponenten des Lernsystems integriert ist, beträchtliche Unterschiede. Koordinierung ist vor allem dann erforderlich, wenn die Zuständigkeit für einzelne Komponenten der LLL-Kette auf mehrere Ministerien oder staatliche Ebenen aufgeteilt ist.
3. In einem Großteil der Gesetze in den Mitgliedstaaten wird LLL-Belangen und -Prioritäten Rechnung getragen, doch **gibt es offenbar kaum Rechtsvorschriften konkret zum lebenslangen Lernen. Grundsatzdokumente und Strategien zum LLL sind häufiger anzutreffen**. Die Antworten der Länder vermitteln insgesamt den Eindruck, dass in vielen von ihnen der Gedanke des lebenslangen Lernens immer mehr die Formulierung politischer Konzepte und deren Umsetzung durchdringt. Er findet Berücksichtigung als ein Grundsatz, der verschiedenen einzelnen Reformen in der allgemeinen und beruflichen Bildungspolitik zugrunde liegt, auch wenn er noch nicht als die Basis einer umfassenden neuen nationalen Strategie in allen Ländern bezeichnet werden kann.

### - Im Vordergrund stehende Themen

4. Themen, denen in den Berichten besondere Beachtung geschenkt wird:
  - a) LLL als eine Frage, die die Bevölkerung insgesamt betrifft, wenngleich das Hauptaugenmerk auf der Erstausbildung und der Erwerbsbevölkerung liegt;
  - b) die Bedeutung, die den Grundkompetenzen beigemessen wird, ob sie nun während der Erstausbildung oder im Rahmen des zweiten Bildungswegs erworben wurden;

- c) die Rolle – einschließlich der gemeinsamen finanziellen Verantwortung – der verschiedenen Akteure (nationale, regionale und kommunale staatliche Einrichtungen, Sozialpartner, Zivilgesellschaft) bei der Förderung einer LLL-Kultur, bei der der Einzelne im Mittelpunkt steht: Die Finanzierung wird im Wesentlichen nicht als Investitionsziel angesprochen, sondern im Sinne gemeinsamer Verantwortung;
- d) Beseitigung von Hindernissen und Entwicklung mehrerer individueller Fortbildungsmöglichkeiten, die oftmals mit zwei Fragen verknüpft sind: offizielle Anerkennung von Kompetenzen unabhängig davon, wie immer sie erworben wurden, sowie Beratungs- und Informationssysteme zur Unterstützung des Einzelnen bei der Bewältigung dieser Fortbildungswege;
- e) Weiterbildung von Lehrkräften für die allgemeine und berufliche Bildung, um sie zu befähigen, veränderte und vielfältigere Aufgaben als gegenwärtig zu übernehmen und neue pädagogische Instrumente wirksam einzusetzen.

- Weniger berücksichtigte Themen

5. Den folgenden Themen wird weniger Aufmerksamkeit als erwartet geschenkt:
  - a) Lernen im frühen Kindesalter – einschließlich familiäres Umfeld und Bildungsniveau der Eltern – auf das sich nur wenige Länder beziehen;
  - b) Bedeutung der schulischen Grundbildung für die Herausbildung eines LLL-Ethos, wengleich einige Länder auf die Notwendigkeit verweisen, die Lehrerbildung entsprechend anzupassen;
  - c) der Arbeitsplatz als potenziell lernorientiertes Umfeld und nicht so sehr als Ort, an dem theoretisches Wissen in der Praxis angewandt wird;
  - d) Zielvorgaben für Investitionen in LLL im Rahmen der Haushaltspolitik;
  - e) Rolle von Tarifverhandlungen und öffentlich-privaten Partnerschaften bei der Erhöhung der Beteiligung am LLL;
  - f) Lernen, einschließlich das Erlernen von Fremdsprachen, als Schlüssel zum Leben in einem größeren europäischen Umfeld.

- Typologie von LLL-Konzepten

6. Der Versuch, LLL-Kulturen und -Strukturen in den Mitgliedstaaten umfassend zu kategorisieren, ist recht gewagt, und noch gewagter ist eine entsprechende Klassifizierung der einzelnen Länder. Auf die Gefahr hin, zu stark zu vereinfachen und eine gewisse Überschneidung zu riskieren, lassen sich jedoch einige Modelle aufstellen, anhand derer die Länder möglicherweise ihre gegenwärtige Position ermitteln könnten:
  - a) **eine gut entwickelte Kultur des lebenslangen Lernens „von der Wiege bis zur Bahre“** mit breiter öffentlicher Akzeptanz und hohen Beteiligungsquoten, die nicht nur die berufliche Weiterbildung, sondern auch die persönliche Entwicklung der Menschen und die aktive Ausfüllung ihrer Rolle als Bürger umfasst; sie liegt in den Händen von ausgereiften staatlichen und/oder informellen Systemen bzw. Systemen der Zivilgesellschaft, wobei eine das Lernen fördernde Arbeitsorganisation durch die private Teilnahme am Lernprozess in der Freizeit ergänzt wird;
  - b) **ein weitgehend von der Beschäftigungsfähigkeit ausgehender Ansatz**, der auf einer soliden beruflichen Erstausbildung aufbaut und sich vor allem auf die Weiterbildung zur Anpassung an sich verändernde Produktionsprozesse und -strukturen konzentriert, wobei sowohl der staatliche Sektor als auch die Industrie aktiv beteiligt sind; betriebliche Ausbildung, ergänzt durch anerkannte gesetzliche oder tarifvertragliche Rechte auf Bildungsurlaub; persönliche Weiterentwicklung wird weitgehend als Privatangelegenheit angesehen;

- c) **eine erst in jüngster Zeit erfolgte Orientierung auf das lebenslange Lernen**, die in eine Modernisierung der Gesellschaft und der Wirtschaft eingebunden ist und mit der traditionelle Auffassungen verändert werden sollen, wonach das Leben in die eindeutig abgegrenzten Phasen Lernen, Arbeiten und Ruhestand eingeteilt ist; im Wesentlichen auf der Basis staatlicher Initiativen, aber auch von den Sozialpartnern unterstützt;
- d) **ein Ansatz der sozialen Eingliederung**, der sich in erster Linie an diejenigen richtet, deren erste Erfahrungen mit der allgemeinen und beruflichen Bildung – vor allem gemessen an den heutigen Anforderungen – unbefriedigend oder unzureichend waren; dabei wird versucht, diesen Menschen wieder ein Lernerlebnis zu verschaffen, das sich besonders im Anfangsstadium auf die persönliche Entwicklung und bei dem sie zunächst das Niveau persönlicher Fähigkeiten und Grundkompetenzen erreichen sollen, das sie im Idealfall am Ende ihrer Erstausbildung hätten haben müssen; an erster Stelle stehen hier staatliche Einrichtungen, beteiligt sind aber auch Organisationen der Erwachsenenbildung aus der Zivilgesellschaft.

### Grundkompetenzen

- 7. **Erstaunlicherweise wird nur wenig Bezug auf die Entwicklung eines Ethos des lebensbegleitenden Lernens bereits in der Schule genommen.** Aus vielen Berichten geht hervor, wie das LLL notwendige Veränderungen in der Lehrerbildung nach sich zieht, wobei die Betonung dahin geht, dass der Lehrer als Betreuer für das unabhängige Lernen anzusehen ist, dessen vornehmliche Aufgabe darin besteht, die Notwendigkeit eines lebenslangen Engagements für das Lernen bewusst zu machen. Zwar handelt es sich hierbei um eine wichtige Entwicklung, doch werden ihre Auswirkungen zwangsläufig erst langfristig spürbar werden.
- 8. In vielen Antworten wird auf Programme für den Erwerb von Schreib-, Lese- und Rechenfähigkeiten verwiesen. Eine große Rolle spielen dabei flankierende Unterstützungsmaßnahmen, die den Menschen helfen sollen, ihr Bildungsdefizit zu erkennen, und sie zur Teilnahme an Kursen motivieren sollen. In Anbetracht der allgemeinen Erhöhung der Bildungsstandards sowie der Bildungsabschlüsse in den meisten Mitgliedstaaten **betreffen viele Maßnahmen Erwachsene mit keinerlei oder nur geringen Qualifikationen**, die Gefahr laufen, zurückzubleiben. Zu diesen Maßnahmen gehören der Zugang zu formalen Programmen der Erstausbildung oder auch eine spezielle Berufsausbildung oder allgemeine Erwachsenenbildung in einem unterschiedlichen formalen und informellen Umfeld.

### Lernen am Arbeitsplatz; Rolle der Sozialpartner

- 9. Vielfach wird auf die Rolle der **Sozialpartner** Bezug genommen, die diese vor allem in Ausschüssen und Partnerschaften im Zusammenhang mit der beruflichen Erstausbildung und Weiterbildung spielen. Allerdings wird **nur relativ selten auf ihre Rolle bei der Stimulierung der Teilnahme am LLL und von Innovationen hingewiesen**, obwohl der in Absatz A.6 genannte gemeinsame Rahmen auf europäischer Ebene vorhanden ist. Während also über Initiativen staatlicher Gremien ausführlich berichtet wird, gibt es kaum Informationen zu LLL-Initiativen, die vom Arbeitsplatz ausgehen. Bekannte Konzepte wie das lernende Unternehmen oder *l'organisation qualifiante du travail* fehlen hier. Die Kombination von allgemeiner/beruflicher Bildung und Arbeit in verschiedenen alternierenden Modellen stellt jedoch einen wichtigen Faktor für die Entwicklung der LLL-Bereitschaft dar. Die Antworten mehrerer Länder lassen erkennen, dass sich die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in zunehmendem Maße zu einem solchen dualen Ansatz hin entwickeln und immer stärker die tätigkeitsbezogene Praxis und Beschäftigungsfähigkeit in den Vordergrund stellen.
- 10. Bei einigen Maßnahmen wird das betriebliche Lernen ausdrücklich mit demografischen Trends in Verbindung gebracht, so z. B. die Überalterung der Belegschaft in einzelnen

Unternehmen und die Erfordernis, Wissen an jüngere Arbeitnehmer weiterzugeben, sowie die Förderung der Umschulung älterer Arbeitnehmer, zuweilen als eine Möglichkeit, den Eintritt in den vorzeitigen Ruhestand zu vermeiden.

### **Finanzierung des lebenslangen Lernens; öffentlich-private Partnerschaften (PPP)**

11. Allgemein liegt der **Schwerpunkt darauf, für bereits laufende Ausgaben gute Qualität zu erhalten, und weniger auf neue Finanzierungen**. Es wird generell davon ausgegangen, dass der Staat für die Finanzierung der Erstausbildung (einschließlich zweiter Bildungsweg) verantwortlich ist, die Aussagen dazu, wie die Weiterbildung finanziert werden sollte, sind jedoch weniger eindeutig. Insgesamt wird in den Berichten akzeptiert, dass der Zugang zu Programmen der Grund- und Weiterbildung für Erwachsene, die nur einen unzureichenden Bildungsgrad besitzen, kostenlos sein sollte. Im Hinblick auf Weiterbildung, insbesondere auf höherem Kompetenzniveau, wird auf die Verantwortung der Arbeitgeber und des Einzelnen verwiesen. Bei der Finanzierung der Hochschulbildung gibt es Unterschiede, doch wird dieses Thema in vielen Berichten nicht direkt behandelt. Die in vielen Ländern geführte Diskussion zu Studiengebühren und Fördersystemen sollte möglicherweise in den Kontext des lebenslangen Lernens gestellt werden, da sich die Ergebnisse durchaus auf den Zugang zu Lernmöglichkeiten auswirken dürften.
12. Obwohl der Fragebogen auf öffentlich-private Partnerschaften verweist, ist **aus den Berichten nicht ersichtlich, dass sich die Investitionen des Privatsektors in Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung in jüngster Zeit erhöht bzw. eine größere Rolle gespielt haben**. Andererseits wird anerkannt, dass staatliche Behörden, Arbeitgeber und der Einzelne für das Lernen bezahlen müssen. Am häufigsten werden Steuervergünstigungen für die Bildungsausgaben von Unternehmen und Einzelpersonen angeführt.
13. Angesichts der Tatsache, dass das lebensbegleitende Lernen dem Einzelnen, den Arbeitgebern und der Gesellschaft insgesamt zugute kommt, wird von vielen Mitgliedstaaten die wichtige, aber auch recht vielschichtige Frage gestellt, wer wofür bezahlen sollte. Umfassende Zuarbeiten seitens des Staates, der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und der Organisationen der Zivilgesellschaft zur Festlegung der Politik werden als notwendig angesehen, und **aus den Antworten geht hervor, dass der gemeinsamen Verantwortung der Sozialpartner Bedeutung beigemessen wird**, beispielsweise bei der Erarbeitung und Umsetzung von Konzepten des dualen Systems. In einigen Fällen führt diese Mitverantwortung zur Herausbildung regionaler und/oder sektorieller Wissenscluster, die den Technologietransfer und Innovationen begünstigen. Einige wenige Anhaltspunkte gibt es für die gemeinsame Verantwortung für das Lernen im Rahmen von Tarifverträgen, die auf Branchenebene oder kommunaler Ebene dazu beitragen können, besser auf die Bedingungen vor Ort zu reagieren und ein lerngerechtes Umfeld zu schaffen.

### **Bessere Zugänglichkeit**

14. In vielen Antworten wird auf die Rechte des Einzelnen, einschließlich der Möglichkeiten des zweiten Bildungswegs, verwiesen. **Alle Länder wollen Lernhindernisse abbauen und den Zugang für verschiedene Risikogruppen verbessern**, vor allem für Personen, die sozial oder geografisch benachteiligt sind (Zuwanderer oder ethnische Gruppen, städtische oder ländliche Problemgebiete), sowie für Personen ohne abgeschlossene Grundausbildung. Unter den konkreteren Zielgruppen werden am häufigsten und vielfach auch unter Hinweis auf die Dringlichkeit Zuwanderer, ethnische Minderheiten, Flüchtlinge und Asylbewerber genannt. Lediglich ein Land verweist auf die Anerkennung der Kompetenzen von Angehörigen dieser Gruppen, die Abschlüsse in ihrem Herkunftsland erworben haben, als eine Möglichkeit, sie in die Gesellschaft und Wirtschaft des Gastlandes einzugliedern. Aus vielen Antworten geht außerdem hervor, dass Schulen und andere Bildungseinrichtungen wesentlich offener gegenüber den Bevölkerungsgruppen am Ort und füreinander sein sollten.

15. Hinsichtlich der Ungleichbehandlung der Geschlechter liegt die Betonung gleichermaßen auf dem bereits Erreichten, z. B. den gestiegenen Frauenanteil in der Hochschulbildung und in der Berufsbildung, wie darauf, was noch zu tun ist. **Im Zusammenhang mit der Überwindung geschlechtstypisierender Vorstellungen im IKT-Bereich werden wissenschaftlich-technische Berufe als wichtigste Thematik mit Lösungsbedarf angeführt.** In keinem Bericht wird auf das Problem der Leistungsschwäche von Jungen in der Schule eingegangen, obwohl dies oftmals der erste Schritt auf dem Weg zur Selbstaussgrenzung von der Erwerbstätigkeit und Weiterbildung ist.
16. Viele Länder verweisen auf die wirtschaftliche Notwendigkeit, an den Schulen und unter der Bevölkerung insgesamt IKT-Kompetenzen zu entwickeln, doch lassen sich nur schwer klare Tendenzen im Hinblick auf Zielvorgaben und Prioritäten erkennen. Da sich die Länder diesbezüglich in verschiedenen Entwicklungsstadien befinden, beispielsweise im Hinblick auf die Zahl von Einzelpersonen, Schulen und anderen Einrichtungen, die Zugang zu Computern und zum Internet haben, messen sie den IKT-Aspekten auch unterschiedliche Bedeutung bei. Ein Thema, das in den Antworten vieler Länder behandelt wird, ist die wichtige Rolle der Lehrer und Ausbilder sowie die Frage, wie sich der auf IKT basierende Unterricht verbessern lässt.

### **Information und Beratung**

17. Information, Berufsorientierung und -beratung (einschließlich das Zugehen auf Personen, die sich kaum spontan am LLL beteiligen würden) werden von einer ganzen Reihe von Ländern als unabdingbar dafür genannt, sicherzustellen, dass vorhandene Rechte und Möglichkeiten auch wahrgenommen werden, insbesondere in einem System, in dem der Einzelne im Mittelpunkt des Lernprozesses steht. Viele Berichte befassen sich mit neuen Initiativen der Berufsorientierung, die auf konkrete Zielgruppen ausgerichtet sind. Während die Berufsorientierung früher vor allem als Hilfestellung für junge Menschen beim Übergang von der allgemeinen Bildung ins Erwerbsleben betrachtet wurde, mehren sich mittlerweile die Hinweise auf die sich durchsetzende Einsicht, dass sie ständig, also ein Leben lang, angeboten werden muss. **Allerdings wird es wohl noch etwas dauern, bis man von einem einheitlichen, lebensbegleitenden Berufsorientierungssystem sprechen kann, das flächendeckend in der Union sowohl für die bereits Erwerbstätigen als auch für die in der Ausbildung befindlichen Personen zur Verfügung steht.**
18. Weit verbreitet sind Börsen und andere Veranstaltungen zur allgemeinen und beruflichen Bildung, die zwecks Sensibilisierung und Aufklärung über Kursangebote durchgeführt werden, obgleich sie sich zumeist an Schulabgänger richten. Positiv ist die immer häufigere Durchführung von speziellen Wochen für erwachsene Lernende und ähnlichen informativen Veranstaltungen. Dabei geht es mitunter darum, den Gedanken des LLL in Form von „Schnupperkursen“ auch Menschen außerhalb des traditionellen Lernumfelds (Kneipen, Clubs, Museen usw.) näher zu bringen, um jene zu erreichen, die sich möglicherweise nicht betroffen fühlen.

### **Abschlüsse und Anerkennung erworbener Kompetenzen**

19. Im Zusammenhang mit der Beseitigung von Hindernissen für die Weiterbildung **hat eine ganze Reihe von Ländern damit begonnen, Systeme zur Anerkennung nicht formaler und informeller Lernergebnisse einzurichten.** Zu den wichtigsten Elementen von Anreizen für das lebenslange Lernen gehören flexible Qualifikationsstrukturen, die nicht nur die verschiedenen Zweige und Ebenen der Allgemeinbildung und des Lernens in sich vereinen, sondern auch die der beruflichen und fachlichen Ausbildung. Zwar gibt es verschiedene Ansätze, doch entscheidend für die Förderung des LLL sind solche gemeinsamen Faktoren wie die Möglichkeit der systematischen Erkennung von Kompetenzen unabhängig von der Art ihres Erwerbs, ihre Prüfung auf Übertragbarkeit auf andere Situationen sowie die Schaffung von Möglichkeiten für die Zertifizierung oder für die Zulassung zur Weiterbildung, die zum Erwerb neuer Qualifikationen führt.

### Schaffung einer Lernkultur „von der Wiege bis zur Bahre“ – einige fehlende Glieder

20. Im Zusammenhang mit der Betreuung im frühen Kindesalter geht es oft mehr darum, die Mütter wieder für den Arbeitsmarkt freizustellen, als um die Entwicklung des Kindes. **Nur in wenigen Antworten auf den Fragebogen ist ein nennenswerter Schwerpunkt auf der ausdrücklichen Verknüpfung von Vorschulbetreuung und Entwicklung im frühen Kindesalter mit der Schaffung einer Lernkultur erkennbar.** Ebenso wie der Bildungsgrad der Eltern wird auch die Bedeutung der Eltern an sich und des Lernens in der Familie nur am Rande erwähnt.
21. **Jugendliche im Allgemeinen werden nicht automatisch als spezifische Zielgruppe** für spezifische LLL-Maßnahmen genannt, abgesehen von der Behandlung solcher Fragen wie Schulabbrecher oder Lese- und Schreibfähigkeit. Ebenso überraschend ist auch, dass nur sehr wenige Aktivitäten erwähnt werden, die speziell auf ältere Altersgruppen und insbesondere auf Personen über 65 Jahre ausgerichtet sind. Dem Lernen als bedeutenden Bestandteil einer Strategie des aktiven Alterns wird in den Antworten nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl dieser Grundsatz in einigen Ländern weit verbreitet und es durchaus bekannt ist, dass er sich in Bezug auf Wohlbefinden und Betreuungskosten positiv auswirkt.

### Europäische Dimension

22. Obwohl die europäische Dimension im Fragebogen nicht konkret erwähnt wird, verweisen mehrere Antwortgebende auf die Notwendigkeit, den Rahmen für formale, informelle und nicht formale Qualifikationen in einen europäischen Kontext zu stellen. Ebenso genannt wird die Bedeutung europäischer Programme beim Ausbau der Zusammenarbeit mit Nachbarländern. In ihren Antworten auf einzelne Fragen verweisen viele Länder allerdings auf international bewährte Praktiken und Standards, die Organisation von Zusammenkünften mit anderen (in erster Linie benachbarten) Ländern usw. Möglicherweise aufgrund der Verknüpfungen zur Agenda von Lissabon und der laufenden Beschäftigung mit dem Arbeitsprogramm zur Umsetzung der Ziele sind die befragten Länder offenbar bereit, Schritte in Richtung Benchmarking und Festlegung klarer Zielvorgaben zu unternehmen, vor allem im Hinblick auf Teilnahmequoten bzw. auf den Stand der erworbenen Fähigkeiten und weniger auf das Investitionsniveau.
23. Obgleich die Entschließung des Rates zum lebensbegleitenden Lernen keine konkrete finanziellen Förderung durch die EU zur Folge hatte, bedeutet die Einbindung einer LLL-Philosophie in alle Bereiche staatlichen Handelns doch, dass die vorhandenen Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft zur Umsetzung der darauf beruhenden Strategieelemente beigetragen haben. Die inhaltlichen, und nicht nur finanziellen Auswirkungen der europäischen Strukturfonds und insbesondere des Europäischen Sozialfonds (ESF) gehen aus den Antworten einer ganzen Reihe von Ländern hervor und werden ausdrücklich erwähnt. Für einige Länder sind der Hintergrund der Europäischen Beschäftigungsstrategie sowie der konzeptionelle Rahmen des Gemeinschaftlichen Förderkonzepts für Strukturfondsmaßnahmen von herausragender Bedeutung. Die von vielen Ländern mit Hilfe des ESF auf den Weg gebrachten Maßnahmen der sozialen Eingliederung und aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen vor allem im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit verfügen über eine eindeutige LLL-Dimension; auch einige „lernende Regionen“ haben erhebliche Unterstützung durch die Strukturfonds erhalten. Somit fördert der ESF in starkem Maße die Entwicklung des LLL und ist nicht auf die „Kohäsionsländer“, die hauptsächlich Begünstigten im Rahmen von Ziel 1, beschränkt.
24. Zum Erlernen von Fremdsprachen wurde zwar keine Frage gestellt, doch gehen mehrere Berichte darauf ein. Hierbei geht es in erster Linie um Zuwanderer, die die Sprache ihres neuen Wohnlandes erlernen, aber auch die generelle Förderung des Erlernens von Fremdsprachen wird von einigen Ländern angesprochen.

## C. Detaillierte Analyse der nationalen Beiträge

### I. Allgemeiner Rahmen

#### Rechtsrahmen (Frage 1)<sup>8</sup>

1. Aus den Antworten gewinnt man insgesamt den Eindruck, dass das lebenslange Lernen in vielen Ländern zwar noch nicht als Grundlage einer umfassenden nationalen Strategie ist, aber allmählich in die Festlegung und Umsetzung von Politiken Eingang findet und dabei als ein Prinzip berücksichtigt wird, das den verschiedensten bildungspolitischen Einzelreformen in der allgemeinen und beruflichen Bildung zugrunde liegt.
2. In einem Großteil der Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten wird LLL-Belangen und -Prioritäten Rechnung getragen, doch gibt es offenbar konkret zum lebenslangen Lernen kaum Gesetze. Grundsatzdokumente und Strategien zum LLL sind häufiger anzutreffen. So ist beispielsweise die Strategie **Finnlands** für das LLL mit entsprechenden Zielen im Entwicklungsplan des Landes für Bildung und Forschung 1999-2004 verankert. Hier wird betont, dass das lebenslange Lernen als ein Ansatz zu betrachten ist, von dem sich die Bildungspolitik und andere politische Bereiche mit Lernbezug leiten lassen, um den Menschen Gelegenheit zu geben, Fertigkeiten für ihre Fortbildung und ein lebenslanges Lernen zu entwickeln. **Schweden** verweist auf eine Struktur für das lebenslange Lernen sowie eine nationale Strategie zur Förderung von organisierten sowie nicht organisierten Lernumfeldern. LLL wird zugleich als ein nützliches Instrument für die Gleichstellung und die Bekämpfung von Ausgrenzung bezeichnet, wobei unterschiedliche Politikbereiche gemeinsam mit den Sozialpartnern die Verantwortung für die praktische Umsetzung des lebenslangen Lernens übernehmen müssen. In Rechtsvorschriften, die 2001 verabschiedet wurden und ein breites Spektrum an Lernmöglichkeiten für Erwachsene behandeln, werden diese Möglichkeiten Seite an Seite mit der Hochschulbildung und in einen LLL-Rahmen gestellt. Dem Bericht der von der Bund-Länder-Kommission in **Deutschland** ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe soll demnächst ein gemeinsames Strategiepapier von Bund und Ländern folgen. Im **Vereinigten Königreich** leitete das Bildungsministerium der **schottischen** Regionalregierung im März 2002 eine nationale Debatte zu Bildungsfragen in die Wege. Das Ministerium für Unternehmen und Lebenslanges Lernen veröffentlichte im Februar 2003 seine Strategie für das lebenslange Lernen unter dem Titel „Life through Learning; Learning through Life“. **Griechenland** verweist auf eine LLL-Gesamtstrategie und führt an, dass sich die Regierung bei ihrer Arbeit vom Grundsatz eines ununterbrochenen Lernkontinuums leiten lässt. **Belgien** (Flandern) weist auf sein Aktionsprogramm ‚Lebenslanges Lernen auf dem richtigen Weg‘ vom Juli 2000 hin, das seine Strategie zum LLL darstellt. **Norwegen** präsentiert ein LLL-Modell als Schaubild, in dessen Mittelpunkt der Einzelne steht und der Schwerpunkt auf Partnerschaft, Inklusivität und Qualität liegt. In einigen Ländern, darunter **Irland** und **Portugal**, liegt das lebenslange Lernen umfassenderen nationalen Plänen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zugrunde, die von der Regierung und den Sozialpartnern getragen werden. In Portugal bilden die gerade debattierten Gesetze zur Grundbildung und zur beruflichen Bildung die gesetzliche Grundlage der LLL-Strategie und diese Gesetze werden auch eine bessere Abstimmung zwischen der allgemeinen und der beruflichen Bildung sicherstellen.
3. Obwohl das **norwegische** Weißbuch zur „Kompetenzreform“ aus dem Jahr 1998 stammt, weist es einen äußerst breit gefassten Ansatz auf, der alle Erwachsenen innerhalb und außerhalb des Arbeitsmarktes einbezieht. Sein dreigliedriger Charakter zeigt sich darin, dass

---

<sup>8</sup> Der Übersichtlichkeit halber wird der wesentliche Inhalt der einzelnen Fragen in einer kurzen Überschrift zusammengefasst, und die dazugehörigen Angaben werden entsprechend wiedergegeben, darunter auch Aussagen aus den Antworten einiger Länder auf andere Fragen.

die Kompetenzentwicklung Bestandteil der jährlichen Lohn- und Tarifverhandlungen ist. **Österreich** bezeichnet das LLL als ein Konzept, das alle Aspekte nicht nur der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, sondern auch anderer Bereiche wie Landwirtschaft, Familienpolitik usw. umfasst. **England** erwähnt ein Weißbuch unter dem Titel „Skills Strategy“, das im Juli 2003 erschien. Darin werden Rolle und Aufgaben von Arbeitgebern, Einzelpersonen und des Staates beschrieben, und es wird dargelegt, wie verschiedene Programme und Politiken zur Erhöhung des Qualifikationsniveaus der gesamten Bevölkerung beitragen können. **Griechenland** unterstreicht die Bedeutung einer Untersuchung des Qualifikationsbedarfs auf dem Arbeitsmarkt für eine erfolgreiche LLL-Strategie und verweist auf eine neue nationale Beobachtungsstelle für Beschäftigung/Lebenslanges Lernen am Nationalen Institut für Arbeit.

#### - Nichtstaatliche Akteure

4. In vielen Ländern spielen Organisationen der Zivilgesellschaft, Kirchen und Organisationen der Sozialpartner entweder unmittelbar als LLL-Träger oder als Interessenvertreter, die im Rahmen staatlicher Systeme konsultiert werden, eine wichtige Rolle.

#### - Dezentrale Strukturen im Dienste des Einzelnen

5. Die erfolgreiche Umsetzung eines LLL-Ansatzes erfordert nicht nur die Vereinbarung eines Konzepts und einer breit angelegten Handlungsstrategie, sondern auch Strukturen, die eine Umsetzung auf regionaler, lokaler und institutioneller Ebene (Schule/Unternehmen) ermöglichen und die – wie aus mehreren Berichten hervorgeht (**DK, F, S, N**) – den Einzelnen in den Mittelpunkt stellen und ihn zur Triebkraft des gesamten Lernprozesses machen. Wenn aufgrund verfassungsrechtlicher Regelungen subnationalen Gremien die primäre oder alleinige Zuständigkeit – zuweilen asymmetrisch zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung aufgeteilt – übertragen ist, besteht zugegebenermaßen die Gefahr, dass die Kohärenz einer LLL-Gesamtstrategie verloren geht. In einigen Ländern (**B(NL), D, A, FIN**) wurden jedoch Schritte eingeleitet, um diesem Dilemma aus dem Wege zu gehen, beispielsweise mithilfe von Koordinierungsausschüssen verschiedener Art. Entscheidend ist daher eine Dezentralisierung, und nicht nur von der nationalen auf die regionale Ebene, obwohl sich angesichts einer allgemeinen Tendenz hin zur Entflechtung bzw. Regionalisierung schwer feststellen lässt, welche Maßnahmen konkret auf LLL ausgerichtet sind. Während Länder wie Dänemark, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich über eine Dezentralisierung in Richtung Regionen berichten (ein Trend, der als Beitrag zu einem besseren Verständnis des Lernbedarfs und zu mehr Bürgernähe in Sachen Lernen betrachtet werden kann), besteht dort wie auch in anderen Staaten (**D, FIN**) zugleich die Tendenz, die einzelnen Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung mit mehr Befugnissen auszustatten und die Rolle der regionalen Akteure in den regionalen Beratungsstrukturen zu stärken (**F**). Besonders ausgeprägt scheint die Stärkung der Rolle der einzelnen Einrichtungen im **Vereinigten Königreich** zu sein, wo in den letzten Jahren große Veränderungen in Sachen Übertragung von Befugnissen auf die Regionen (und nicht nur im Bereich Bildung) zu beobachten waren.

#### - Rechte und Verantwortlichkeiten des Einzelnen

6. Viele Länder (**S, DK, F, N**) heben das Individualrecht Erwachsener auf Lernen (das zum Teil bereits in seit langer Zeit bestehenden Rechtsvorschriften festgeschrieben ist) als ein wesentliches Element hervor. In **Italien** wurden mehrere bedeutsame Reformen der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung durchgeführt. Erst 2003 erfolgte die Reform des nationalen Schulsystems, durch die ein „Recht auf allgemeine und berufliche Bildung von mindestens 12 Jahren oder bis zum Abschluss einer Qualifikation vor dem 18. Lebensjahr“ eingeführt wird. In ähnlicher Weise werden in **Portugal** erhebliche Reformen im Rahmen eines „Umfassenden Gesetz(es) zum Bildungsbereich“, das im Mai 2003 zur öffentlichen Diskussion vorgelegt wurde, durchgeführt. Dieses Gesetz führt das Recht auf mindestens 12 Jahre Schulbildung bis zum Erwerb eines Abschlusses im Alter von unter 18 Jahren ein. Es zielt darauf ab, die Sekundarstufe zwei und die berufliche Ausbildung umzugestalten, um

berufsbezogene Bildungspfade zu stärken und gleichzeitig die Bildungspfade flexibler zu machen. Eine Reform des Systems der beruflichen Bildung in Portugal ist in Diskussion. Diese Reform zielt (über einen Berufsbildungs-Mehrjahresplan) darauf ab, eine Struktur für ein System zu schaffen, das durch gemeinsame Verantwortung der vielen involvierten Akteure entscheidend dazu beiträgt, eine Kultur des Lernens im nationalen Wirtschaftssystem zu verbreiten und angemessene Antworten auf die verschiedenen zu berücksichtigenden Bedürfnisse organisationeller und individueller Art zu geben. In **Norwegen** haben Arbeitnehmer nicht nur ein gesetzlich verankertes Recht auf Freistellung von der Arbeit. Im Rahmen der Kompetenzreform besitzen Erwachsene auch ein gesetzlich verbürgtes Recht auf Primar- und Sekundarbildung der Stufe I und II sowie auf die Anerkennung durch nicht formales und informelles Lernen erworbener Kenntnisse. In **Frankreich** haben alle Arbeitnehmer und Arbeitsuchende das Recht auf eine Überprüfung erworbener Kompetenzen als Mittel zur Förderung ihrer beruflichen Entwicklung. Seit Januar 2002 verfügt jeder französische Bürger über das Recht auf Validierung seiner nicht formalen und informellen Lernergebnisse. Zwar liegt der Schwerpunkt dieser französischen Maßnahmen mehr auf der Feststellung erworbener Kompetenzen als auf dem Erlernen neuer, doch unterstreichen sie die lebensbegleitende Dimension des Lernens und zeigen, wie das Lernen in das Leben außerhalb formaler Lernstrukturen integriert werden kann. Andere Länder (**UK**) legen mehr Gewicht auf einen breiteren Zugang und ein größeres Angebot hervor (siehe Abschnitt III und IV).

7. Die Gewährung von Individualrechten ist ein Schritt in die richtige Richtung, der insbesondere den Zugang zum zweiten Bildungsweg für diejenigen ebnet, die keine reguläre allgemeine und berufliche Bildung absolviert haben, oder auch den Horizont von Personen erweitert, für die der traditionelle Berufsweg lediglich eine begrenzte und einmalige Teilnahme an Bildung und Ausbildung bedeutete. Dennoch besteht die Gefahr, dass solche Rechte Wunschvorstellungen bleiben, solange sie nicht mit einer angemessenen finanziellen und anderweitigen Unterstützung durch verschiedene Akteure einhergehen. Dazu gehören Informations- und Sensibilisierungskampagnen, geeignete Freistellungsregelungen auf Unternehmensebene und eine unterstützende Infrastruktur wie z. B. Kinderkrippen, um zu gewährleisten, dass diese Rechte auch wirklich wahrgenommen werden können.
8. Die **Niederlande** führen eine Aufweichung der traditionellen Aufgabenteilung an, wonach der Staat für die allgemeine und berufliche Erstausbildung und der Privatsektor für die im Erwerbsleben Stehenden zuständig war. Nunmehr beteiligt sich die Privatwirtschaft am dualen System der Erstausbildung, und der Staat übernimmt eine gewisse Verantwortung für Arbeitnehmer ohne Grundqualifikationen. Es wird ein immer größerer Schwerpunkt auf die Verantwortung des Einzelnen gelegt, wobei Staat und Arbeitgeber als Vermittler fungieren, und viele Tarifverträge enthalten Bestimmungen zur Weiterbildung.
9. Verschiedentlich angesprochen wird das Wachstum eines Marktes für Dienstleistungen auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, der zwar schon lange existiert, sich jedoch angesichts der Betonung des individuellen und Selbstlernens immer weiter entwickeln dürfte (siehe auch Antworten auf Frage 13). **Deutschland** hat Rechtsvorschriften zur Regulierung des Marktes für allgemeine und berufliche Bildung verabschiedet, um den Wettbewerb zwischen den Trägern zu verstärken und dabei einerseits die Angebotspalette und -qualität zu verbessern und andererseits den Einzelnen zu ermutigen, während **Frankreich** neue Vorschriften für Ausbildungsdienstleistungen verabschiedet hat, die an private Anbieter vergeben werden.

#### **Koordinierung zwischen Ministerien (Frage 2)**

10. Die traditionelle Aufteilung der Zuständigkeit von Ministerien zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung – vor allem Weiterbildung – ist weit verbreitet und macht große Koordinierungsanstrengungen erforderlich, wenn eine echte LLL-Strategie in Europa entwickelt werden soll. In einigen Fällen (**D, B**) ergibt sich diese Aufteilung aus dem Verfassungssystem, generell ist sie jedoch oft tief in politischen und administrativen Traditionen verwurzelt. Dabei muss sie nicht unbedingt ein unlösbares Problem darstellen,

denn mehrere Länder haben Mechanismen zur Überwindung der Nachteile eingerichtet. **Belgien** (Flandern) weist darauf hin, dass auf Grundlage einer LLL-Politik, die versucht die verschiedenen relevanten Akteure zu identifizieren, erhebliche Anstrengungen gemacht wurden, um die Zusammenarbeit zwischen Ministerien und allen involvierten Akteuren zu strukturieren.

11. Aus den Antworten verschiedener Länder geht hervor, dass die Abstimmung zwischen den Ministerien, die im Nachgang zu EU-Initiativen (Gemeinschaftliche Förderkonzepte und Operationelle Programme im Rahmen der Strukturfonds) auf den Weg gebracht wurde, zu einer Stärkung der Koordinierung an sich geführt hat. Das Nationale Aktionsprogramm für lebenslanges Lernen der **Niederlande** (1998) war eine direkte Reaktion auf das Europäische Jahr des lebensbegleitenden Lernens, unmittelbar gefolgt von einer politischen LLL-Agenda unter Einbeziehung der Ministerien für Bildung, Soziales und Wirtschaft. Gegenwärtig wird eine ministerienübergreifende „LLL-Plattform“ aufgebaut, und es wurde erkannt, dass auch beispielsweise die Ministerien für Justiz und Gesundheit mit ins Boot zu holen sind. Die Tatsache, dass LLL als „kontroverses Thema“ außerhalb des Aufgabenbereichs der Übergangsregierung angesehen wurde, zeigt, dass das Konzept wirklich Eingang in die Innenpolitik gefunden hat. In **Portugal** war die Nationale LLL-Strategie innerhalb von NAPE (2001) die direkte Antwort auf die Strategie von Lissabon. Dabei wurden nicht nur die Ministerien für Soziales und Arbeit, für Wirtschaft und für Bildung, sondern auch die Sozialpartner einbezogen. Die „Gemeinsame Erklärung der Sozialpartner“ und die „Vereinbarung zu Beschäftigung, Arbeitsmarkt und Bildungspolitik“ (2001) spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle in der LLL Politik Portugals.
12. In den Verordnungen zu den Europäischen Strukturfonds wird seit mehr als zehn Jahren die Frage der Koordinierung und Evaluierung hervorgehoben. In einigen Ländern – nicht nur in den „Kohäsionsländern“, die zu den Hauptbegünstigten gehören (wie **Spanien** und **Griechenland** und **Portugal**), sondern unter anderem auch in **Deutschland** und **Frankreich** – ist der Aufbau bestimmter Koordinierungsstrukturen ausdrücklich mit Strukturfondsmaßnahmen verbunden. Bei den letztgenannten Ländern spielt die LLL-Koordinierung auf regionaler oder Programmebene eine größere Rolle als auf nationaler Ebene. In **Griechenland** wird im Rahmen des 3. Gemeinschaftlichen Förderkonzepts der Strukturfonds die Umsetzung der beiden operationellen Programme (für Beschäftigung und Berufsbildung durch das Ministerium für Arbeit und soziale Sicherheit und für allgemeine und berufliche Erstausbildung durch das Ministerium für Bildung und Religion) ein bestimmtes Maß an konzertierter Aktion seitens dieser Ministerien und anderer staatlicher und nichtstaatlicher Gremien erfordern. Darüber hinaus ist ein neues Gesetz über ein nationales System zur Verknüpfung von Berufsbildung und Beschäftigung gegenwärtig Gegenstand von Konsultationen mit den Sozialpartnern.

## II. Aufbau von Partnerschaften

### Partnerschaften auf lokaler Ebene (Frage 3)

13. Dezentralisierung und Aufbau von Partnerschaften auf kommunaler oder regionaler Ebene gehen oft Hand in Hand und könnten sich bei der Ermittlung und Erfüllung lokaler und regionaler Erfordernisse gegenseitig unterstützen. In **Deutschland** steht das Programm „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“ im Mittelpunkt des Aktionsprogramms des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Lebensbegleitendes Lernen für alle“. Dieses Programm (2001-2006) umfasst gegenwärtig landesweit etwa 70 Projekte. Mit seiner Hilfe soll von unten das Angebot von Lernmöglichkeiten vor allem für benachteiligte Gruppen verbessert werden. Etwa 40 % der insgesamt 113 Millionen Euro kommen vom ESF. Auch **Italien** fördert kommunale Partnerschaften durch die Schaffung von regionalen/lokalen Ausschüssen, deren Aufgabe in der Integration aller Lernmöglichkeiten im Territorium besteht.
14. Ein interessantes Konzept in **Frankreich** sieht die Entwicklung *regionaler Technikplattformen* vor, die Schulen, Forschungseinrichtungen von Hochschulen, lokale Partner und Unternehmen in bestimmten Wirtschaftszweigen miteinander verknüpfen. Diese Strukturen (von denen es gegenwärtig fünfzig gibt) stellen einen wichtigen Faktor der regionalen Entwicklung dar. Eine ausgesprochen auf LLL ausgerichtete Initiative sind die **österreichischen Bildungscluster**, die sich auf bestehende Bildungs- und Wirtschaftseinrichtungen stützen und vom Bundesministerium für Bildung und der Wirtschaftskammer gefördert werden. **Österreich** hat ferner vor kurzem die Initiative *Unternehmen-Bildung* ins Leben gerufen, um eine engere Verbindung zwischen Bildung und der Welt der Arbeit herzustellen, wobei regionale Akteure eine Hauptrolle spielen. Die Initiative wird von einem nationalen Büro unterstützt. Achtzehn Prozent der Schulen haben bereits langfristige Partnerschaften mit der Industrie abgeschlossen. Die **Niederlande** halten die Träger aller Stufen der allgemeinen und beruflichen Bildung dazu an, Partnerschaften untereinander sowie mit Regionalregierungen und Auftraggebern der Privatwirtschaft zu bilden, um so ein flexibles regionales Netzwerk von Lerneinrichtungen aufzubauen.
15. Einige Länder (**UK, F, A**) betonen die Notwendigkeit, Schulen und andere Bildungseinrichtungen zu öffnen, um das lebenslange Lernen zu fördern. Orientierungsdienste wie *Connexions* für Jugendliche zwischen 13 und 19 Jahren in **England** werden als wichtiges Element für den Aufbau von Partnerschaften zwischen Organisationen und den Kontakt zu Zielgruppen angesehen. In England bieten 47 Partnerschaften, die in den Zuständigkeitsbereichen von Learning and Skills Councils angesiedelt sind, Dienstleistungen für Jugendliche an, und seit 1999 wurden 101 freiwillige Learning Partnerships (deren Mitglieder von freien Wohlfahrtsverbänden bis zu Weiterbildungs- oder Hochschuleinrichtungen reichen) ins Leben gerufen. Mit ihrer Hilfe soll die Zusammenarbeit der Träger bei der Förderung des LLL unterstützt und der Beitrag des Lernens zur kommunalen Erneuerung maximiert werden. In **Schottland** hat die Initiative ‚Enterprise in Education‘ (‚Unternehmen in der Bildung‘) die Verbindungen zwischen den Unternehmen und den Schulen gestärkt und es ermöglicht Schülern berufliche Ausbildungsgänge anzubieten.
16. In mehreren Berichten, vor allem aus **Dänemark**, wird auf die Rolle öffentlicher Bibliotheken als einem zentralen Punkt lokaler Lernnetzwerke verwiesen. Öffentliche Bibliotheken werden offensichtlich als Orte angesehen, die nicht nur im physischen Sinne für breite Kreise der Bevölkerung zugänglich sind, und zwar einschließlich derjenigen, die ansonsten möglicherweise ausgegrenzt werden, z. B. Einwanderer. Die **Niederlande** betrachten auch Schulen als Ressourcezentren der Kommune und fördern Verbindungen zu Bibliotheken, um die Rolle beider beim lebenslangen Lernen zu stärken. **Finnland** verfügt offenbar über relativ weit entwickelte Systeme kommunaler und regionaler Partnerschaften. **Luxemburg** führt die Schaffung eines Netzwerks von Internet-Ressourcezentren (*Internetstuff*) für die

Erwachsenenbildung an. Ein solches Zentrum findet sich in jeder Gemeinde und stützt sich auf die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Ministerien, örtlichen Behörden und privaten Vereinigungen. Auch **Spanien** fördert in Zusammenarbeit mit den Regionen und den Kommunalverwaltungen die Einführung neuer Technik in Bibliotheken.

#### Mitwirkung der Sozialpartner (Frage 4)

17. Die Rolle der Sozialpartner auf EU-Ebene war Gegenstand eines von diesen erstellten gesonderten Berichts, der bereits in Absatz 6 der Einleitung erwähnt wurde. Dass relativ wenig konkrete Hinweise auf die innovative Mitwirkung der Sozialpartner in den Antworten der Länder auf den Fragebogen zu finden sind, lässt sich möglicherweise dadurch erklären, dass man sich nicht ganz sicher war, was wirklich innovativ ist und was lediglich die Fortführung oder Übernahme bewährter Praktiken darstellt. Wie zu erwarten war, gab es viele Hinweise allgemeiner Art auf die Mitwirkung der Sozialpartner in Ausschüssen und Partnerschaften, vor allem wenn es um die berufliche Erstausbildung und Weiterbildung geht. In vielen Ländern ist diese Beteiligung offenbar recht ausgeprägt (**D, DK, A, N**). In **Spanien** sind die Sozialpartner nicht nur in Beiräten für die Berufsbildung, sondern auch für die Schulbildung auf nationaler und regionaler Ebene vertreten. In einigen Fällen werden offensichtlich neue Anstrengungen unternommen, um die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern zu verbessern. So wurden beispielsweise 2003 in **Frankreich** die Verhandlungen mit den Sozialpartnern auf dem Gebiet der Berufsbildung wieder aufgenommen, um die Berufsbildung entsprechend neu auszurichten und allen Arbeitnehmern die Möglichkeit zu geben, kontinuierlich ihre Kompetenzen zu entwickeln. Auch in **Italien** werden die Sozialpartner aktiv einbezogen. Im Juli 2002 unterzeichneten der Staat und die Sozialpartner den „Pakt für Italien“, der auf eine Förderung der Entwicklung der Humanressourcen ausgerichtet ist. Zu seinen vorrangigen Zielen gehört der Erwerb der erforderlichen Kernkompetenzen sowie die Verbesserung des Zugangs Erwachsener zum lebensbegleitenden Lernen. Im Rahmen bilateraler regionaler Gremien sind die Sozialpartner verantwortlich für die Ermittlung des Qualifikationsbedarfs von Unternehmen (wird für die Ermittlung des Ausbildungsbedarfs verwendet) und langfristig für eine bessere Vorhersage des Lernbedarfs. Auch in **Portugal** sind die Sozialpartner aktiv einbezogen. Im Februar 2001 unterzeichneten die Regierung und die Sozialpartner die „Vereinbarung zu Beschäftigung, Arbeitsmarkt und Bildungspolitik“, die sich hauptsächlich auf die Entwicklung der Humanressourcen bezieht und die auf strategischen Zielen, wie allgemeinen Zugang zu Schulbildung, beruflicher Ausbildung und Weiterbildung, Verbesserung der vorschulischen und schulischen Bildung und der beruflichen Erstausbildung von jungen Leuten sowie Konsolidierung der Erwachsenenbildung basiert. Im Jahr 2002 haben die Sozialpartner eine Gemeinsame Erklärung zum Nationalen Aktionsplan für die Beschäftigung unterzeichnet, in der sie darüber eingekommen sind, dass die Kohäsionspolitik unter anderem dazu beitragen soll, Mängel sowohl im Infrastrukturbereich als auch im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung anzugehen. Ein Dialog mit den Sozialpartnern wurde im Jahr 2003 im Hinblick auf ein Memorandum für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, das Themen abdeckt, die für die portugiesische LLL-Strategie sehr wichtig sind, lanciert. In **Finnland** besitzen die Ministerien für Bildung und Arbeit jeweils gemeinsame Ausschüsse, in denen die Sozialpartner mitwirken. In **Belgien** (Flandern) gibt es eine Vereinbarung im Rahmen der Initiative *LLL auf dem rechten Weg (LLL in goede banen)*, Konsultationen zwischen Ministerien und Sozialpartnern haben zu Übereinkommen in 22 Sektoren geführt, und die Sozialpartner werden in die Folgemaßnahmen einbezogen. Die Verpflichtungen in Bezug auf LLL, die im Vilvoorde-Pakt eingegangen wurden, werden auch von den Sozialpartnern unterstützt. In Wallonien gewährleistet der Rat für Allgemeine und Berufliche Bildung den Dialog zwischen den Sozialpartnern, und im Juni 2003 erklärte sich der Regionalminister bereit, Maßnahmen zur verstärkten Einbeziehung der Sozialpartner in das LLL zu fördern.
18. In **Island** bleibt es weitgehend den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden überlassen, Bedingungen auszuhandeln, die die Rechte der Arbeitnehmer sichern, obwohl die Regierung 2003 mit den Sozialpartnern eine Einigung über die Einrichtung eines

Dienstleistungszentrums für allgemeine und berufliche Bildung erzielte, das von der Regierung unterstützt wird. Tarifvereinbarungen enthalten viele Bestimmungen, die Arbeitnehmern das Recht auf lebensbegleitendes Lernen garantieren, aber auch Bestimmungen zur Bereitstellung finanzieller Mittel für das lebenslange Lernen und Bestimmungen, die beim Erwerb von Qualifikationen eine höhere Entlohnung garantieren. Es ist in zunehmendem Maße üblich, in Tarifvereinbarungen das Recht der Arbeitnehmer auf ein Studium zuzusichern. Im **Vereinigten Königreich** fördert die Regierung unter den Arbeitgebern den Gedanken, dass die Frage der Grundfertigkeiten normaler Bestandteil der Mitarbeiterqualifizierung sein sollte. Über den Gewerkschaftlichen Lernfonds stärken die Regierungen in den verschiedenen Teilen des Landes (seit 1997) die Möglichkeiten der Gewerkschaften, Einfluss sowohl auf Arbeitgeber als auch auf Arbeitnehmer zu nehmen, damit das betriebliche Lernen gestärkt wird. In **Schottland** tritt eine Arbeitsgruppe LLL der Gewerkschaften unter dem Vorsitz des Ministers für Unternehmen, Transport und LLL vierteljährlich zusammen und bildet damit ein Forum für einen Input der Gewerkschaften für die Arbeit der Schottischen Regionalregierung.

19. Es gibt nur wenige konkrete Verweise auf die Mitwirkung der Sozialpartner bei Finanzierungsregelungen. Sind jedoch Ausbildungsfonds vorhanden, die durch Abgaben auf Gehälter usw. oft auf Sektorbasis gebildet werden (**I, D, F, A**), sind die Sozialpartner auf jeden Fall an deren Verwaltung beteiligt. **Griechenland** nennt in diesem Zusammenhang speziell einen Fonds für Beschäftigung und Berufsbildung.

### **Rolle der Bildungseinrichtungen bei der Förderung des LLL (Frage 5)**

#### - Verbindung von Arbeit und Lernen

20. Die Verbindung von allgemeiner und beruflicher Bildung mit der Arbeit ist ein wichtiger Faktor bei der Herausbildung des LLL-Gedankens. Dabei gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie beispielsweise das duale System in den deutschsprachigen Ländern, oder verschiedene andere Formen einer alternierenden Ausbildung, wie sie andernorts praktiziert wird. Die Antworten mehrerer Länder zeigen, dass sich die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in zunehmendem Maße zu einem solchen dualen Ansatz hin entwickeln und der arbeitsbezogenen Praxis und Beschäftigungsfähigkeit verstärkt Bedeutung beimessen. **Frankreich** hat in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen in Angriff genommen, um einem aktiveren Engagement des traditionellen Bildungssystems bei regionalen Akteuren den Weg zu ebnen und die Zusammenarbeit zwischen lehrenden und/oder ausbildenden Einrichtungen auf Sektorbasis oder im Rahmen der Erwachsenenbildung zu fördern. Zu diesen Maßnahmen gehört die Schaffung von *Lycées de métiers* im Jahre 2001, d. h. Partnerschaften zwischen Trägern der allgemeinen und beruflichen Bildung und regionalen Akteuren in spezifischen Technikbranchen, wodurch die Integration von Theorie und Praxis vorangebracht wird. Die im Jahr 2002 entstandenen Bürgerinitiativen (*Groupements d'intérêt public "formation continue et insertion professionnelle"*) fördern die Zusammenarbeit zwischen den für allgemeine und berufliche Bildung zuständigen staatlichen regionalen Stellen und privaten Trägern. Alle schulischen Kurse, die zu einem Berufsabschluss führen, müssen nunmehr auch eine berufspraktische Ausbildung umfassen. Ein kürzlich (1999) in **Italien** verabschiedetes Gesetz sieht ein System der beruflichen Ausbildung im Anschluss an die Sekundarstufe, jedoch nicht auf Hochschulebene, vor, um hoch qualifizierte Techniker auszubilden. Ein Drittel der Ausbildung erfolgt dabei am Arbeitsplatz. In **Österreich** besteht eine feste und enge Partnerschaft zwischen der Wirtschaft und dem Bildungssystem im Hinblick auf viele Aspekte des LLL und diese Partnerschaft entwickelt sich mit jeder neuen Initiative weiter.

### - Schulen und Erstausbildung

21. In allen Berichten wird die stärkere Einbeziehung von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen (einschließlich der Sekundar- und Tertiärstufe sowie der Erwachsenenbildung) in das LLL hervorgehoben. Einige Länder (**Vereinigtes Königreich, Frankreich**) legen Gewicht auf Maßnahmen, durch die sich Bildungseinrichtungen zu örtlichen Lernzentren entwickeln könnten, zu denen viele unterschiedliche Gruppen leichter Zugang haben. Ein **italienisches** Programm zur Ausbildung hoch qualifizierter Techniker (IFTS) ist ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Hochschulen sowie für den Dialog zwischen den verschiedenen institutionellen Akteuren mit Blick auf die Bedarfsermittlung, Planung, Gestaltung und Umsetzung, und auch die bereits genannten **französischen Lycées de métiers** weisen einige dieser Merkmale auf.
22. Eine stärkere Einbeziehung lässt sich jedoch auf unterschiedliche Weise erreichen. Nach Auffassung **Schwedens** setzt LLL eigentlich voraus, dass bereits während der Pflichtschulzeit jeder Einzelne seine einmaligen charakteristischen Merkmale entwickeln kann. In diesem Zusammenhang wird die Erweiterung der Sekundarstufe II durch einen gemeinsamen Kern an Grundkursen in acht Fächern genannt, um eine ständige Weiterentwicklung zu gewährleisten und „Sackgassen“ zu vermeiden. **Österreich** unterstreicht in seiner Lehrplanreform für die allgemeine und berufliche Bildung ebenfalls die Bedeutung von Schlüsselkompetenzen einschließlich des Selbstlernens und will das Schulsystem sowohl vertikal als auch horizontal durchlässig machen, so dass Möglichkeiten für einen Abschluss im zweiten Bildungsweg und den Seiteneinstieg in verschiedene allgemeine und berufliche Ausbildungswege bestehen. In **England** laufen erweiterte Schulprogramme mit bis zu 240 Schulen in den nächsten 3 Jahren, um sie zu befähigen, einen Komplex von Dienstleistungen und Aktivitäten anzubieten (Kinderbetreuung, Gesundheits- und Sozialfürsorge, LLL-Möglichkeiten, Lernen in der Familie, Unterstützung der Eltern, Lernhilfe, Sport und Kunst sowie Zugang zu IKT). **Griechenland** will die Schullehrpläne auf Gebiete wie Gesundheits- und Verbrauchererziehung sowie die Anwendung neuer Lehrmethoden, einschließlich IKT, ausdehnen.

### - Hochschulbildung

23. Hochschuleinrichtungen werden als besonders wichtig angesehen, ebenso wie deren stärkeres Engagement in den Kommunen in ihrem geographischen Umfeld (**Schweden, Griechenland, Norwegen**). Besonders hervorgehoben wird die Rolle der Hochschuleinrichtungen bei der Förderung des LLL in **Griechenland**, wo eine offene Universität auf nationaler Ebene eingerichtet wurde. Außerdem gibt es an jeder Hochschule Institute für lebensbegleitendes Lernen, deren Zielgruppe die erwachsene Bevölkerung am Ort ist. In **Finnland**, wo praktisch jeder die Gesamtschule abschließt und über 90 % der Kinder nach der Pflichtschulzeit einen weiteren Bildungsweg beschreiten, gibt es Maßnahmen, die ein weiterführendes Studium anregen sollen. Dabei bemühen sich die Hochschulen, die Anerkennung bereits absolvierter Studiengänge und nicht formeller Studien zu erleichtern und die Anzahl der Einstiegs- und Ausstiegsmöglichkeiten sowie der individuellen Studienwege zu erhöhen. In **Österreich** hat die Zahl spezieller Universitätslehrgänge für die Weiterbildung von Graduierten und Teilzeitstudenten in den letzten Jahren sehr schnell zugenommen (1997/98 ungefähr 200, 2003/04 bereits fast 400 solcher Programme).

### - Erwachsenenbildung

24. Der Erwachsenenbildung wird naturgemäß große Beachtung geschenkt, da sie eine Hauptdomäne für die Förderung des LLL darstellt. **Griechenland** hebt die Rolle von Erwachsenenbildungszentren, die über lokale Netzwerke agieren, bei der Koordinierung sowie beim Angebot von LLL auf regionaler und kommunaler Ebene hervor. Andere Länder (**S, N, DK**) legen den Schwerpunkt mehr auf den Zugang Erwachsener zu allgemeinen Bildungsprogrammen (Primar- und Sekundarbildung Stufe I und II). **Schweden** unterstreicht zudem die Notwendigkeit von Kontaktarbeit im Rahmen der Erwachsenenbildung und

betrachtet Tätigkeiten wie Beratung, Validierung, Erreichbarkeit und Lernunterstützung als Grundlagen des LLL. In **Norwegen** bestehen mittlerweile 130 lokale Lernzentren, die vom Staat finanziert werden und die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Schulen vor Ort fördern. **Dänemark** stellt die Entwicklung von Kompetenzzentren in den Mittelpunkt, um Ausgewogenheit zwischen der Nachfrage nach zweijährigen Master-Programmen auf Teilzeitbasis in der Erwachsenenbildung und dem entsprechenden Angebot herzustellen. **Italien** verweist auf die Errichtung von territorialen Zentren für Erwachsenenbildung im ganzen Land, die für Erwachsene Abendkurse mit einem Abschluss entsprechend dem Sekundarschulniveau anbieten.

### **III. Einblicke in die Nachfrage nach Lernmöglichkeiten**

#### **Zugang zu Grundkompetenzen für alle als Bildungsgrundlage (Frage 6)**

##### *- Betreuung und Entwicklung im frühen Kindesalter*

25. Die Nachfrage nach Betreuung für Kinder im Vorschulalter ging in der Vergangenheit – und in beträchtlichem Maße auch heute noch – von der Überlegung aus, dass die Eltern dadurch in die Lage versetzt werden, berufstätig zu sein oder sich um ihre eigene Bildung zu kümmern. Es setzt sich jedoch offenbar langsam die Erkenntnis durch, dass die Betreuung und Entwicklung im frühen Kindesalter die erste und entscheidende Stufe eines durchgängigen LLL-Ansatzes „von der Wiege bis zur Bahre“ darstellen, wie er vor allem von **Finnland** vertreten wird. Das **Vereinigte Königreich** und **Griechenland** führen Maßnahmen an, die die Verfügbarkeit von Vorschuleinrichtungen und den Zugang zu ihnen gewährleisten. Die Entwicklung im frühen Kindesalter wird als besonders wichtig für Kinder aus benachteiligten Familien angesehen, um ein ständiges soziales Handicap zu vermeiden. Die **Niederlande** verweisen ausdrücklich auf die Betreuung und Erziehung im Vorschulalter und im frühen Kindesalter als ersten Schritt in der Herausbildung einer LLL-Kultur. Damit soll gewährleistet werden, dass bis zum Eintritt in die dritte Klasse der Grundschule alle Schüler möglichst wenig Nachteile erleiden müssen. **Dänemark** und **Schweden** betonen die Notwendigkeit, die Programme so zu verbessern, dass sehr kleine Kinder den Lernprozess in positiver und strukturierter Weise entsprechend ihrem Entwicklungsstadium angehen können. In **Dänemark** können 90 % der Kommunen eine Tagesbetreuung garantieren, und der gleiche Prozentsatz der 3- bis 5-Jährigen besucht auch staatlich beaufsichtigte Kindertagesstätten.

##### *- Grundkompetenzen; Lese- und Schreibfähigkeit*

26. Wie zu erwarten, wird den Grundkompetenzen in den Berichten der meisten Länder besondere Aufmerksamkeit geschenkt, da sie für das weitere Lernen ausschlaggebend sind. **Frankreich** hebt die Bekämpfung des Analphabetentums und des vorzeitigen Schulabbruchs hervor. Die Schule sei der primäre Ort für die Entwicklung von Grundkompetenzen. Um diese Probleme anzugehen, richtete das Land im Jahr 2001 eine nationale Agentur für die Bekämpfung des Analphabetentums ein. Diese Maßnahme basiert auf der Zusammenarbeit zwischen Ministerien und den verschiedenen Einrichtungen. Auch in **Irland** gibt es eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung des Analphabetentums unter Erwachsenen; unter anderem wird das Tagesprogramm des öffentlich-rechtlichen Fernsehens genutzt, was sich als äußerst erfolgreich bei der Überwindung anfänglicher Hemmungen seitens der Betroffenen erwiesen hat. **Österreich** und die **Niederlande** betonen den Erwerb grundlegender Bildungsabschlüsse – erforderlichenfalls auch mit Hilfe des zweiten Bildungswegs – als Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung. In den Niederlanden gelten als „grundlegende Bildungsabschlüsse“ der Abschluss der Sekundarstufe II mit Berufsausbildung oder der allgemeinbildenden Sekundarstufe II. Alle, die dieses Niveau nicht erreicht haben, werden als Schulabbrecher betrachtet und sind Zielgruppe für Fördermaßnahmen der unterschiedlichsten Art. **Griechenland** nennt ein Programm mit Schulen des zweiten Bildungswegs für Personen über 18, die aufgrund funktionalen Analphabetentums oder fehlender Abschlüsse von

Ausgrenzung bedroht sind. Im **Vereinigten Königreich** wurde im Rahmen des 2002 angelaufenen **nordirischen** Programms „*Essential skills for Living Strategy*“ ein völlig neuer Ansatz (mit einigen konkreten Zielvorgaben) für die Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeit gewählt, so unter anderem die Einführung eines regionalen Lehrplans, die Anerkennung von erwachsenen Lernenden und eine bessere Qualifizierung der Tutoren. **Deutschland** wiederum betrachtet die Erweiterung und größere Flexibilität des dualen Systems, beispielsweise durch berufsvorbereitende Maßnahmen, die den Einstieg erleichtern sollen, als wesentliches Instrument zur Verhinderung von Ausgrenzung. Einige Länder (**NL, F**) bieten Unternehmen, die ehemals Arbeitslose für eine bestimmte berufliche Qualifikation ausbilden, Steuervergünstigungen oder Beihilfen an. **Frankreich** verweist auf ein 2002 verabschiedetes Gesetz, das sich auf junge Menschen ohne Abschlüsse bezieht. Dieses Gesetz sieht eine finanzielle Unterstützung für deren betriebliche Ausbildung vor. Anders als in anderen Ländern wird in **Spanien** in den Rechtsvorschriften die Entwicklung von Unternehmergeist als Ziel des Systems der allgemeinen und beruflichen Bildung genannt.

27. In Anbetracht der allgemeinen Erhöhung des Bildungsstandards und der Leistungen, wie sie sich im Verlauf der letzten Jahre in den meisten Mitgliedstaaten vollzogen hat, überrascht nicht, dass alle Länder sich auf Erwachsene ohne bzw. mit nur geringen Qualifikationen beziehen. Die hier angesprochenen Probleme reichen von funktionalem Analphabetentum (**GR, I**) über Personen, die lediglich die Primar- oder Sekundarstufe I abgeschlossen haben, bis zu Personen, die ihre Arbeit verloren haben, weil die von ihnen einmal erworbene berufliche Hauptqualifikation nicht mehr benötigt wird. Generell herrscht die Einsicht vor, dass vielen dieser Personen im Rahmen der traditionellen formalen Bildungsstrukturen nicht geholfen werden kann. Daraus ergibt sich auch die Bedeutung neuer Formen der allgemeinen und beruflichen Bildung in einem informellen bzw. nicht-formalen Lernumfeld oder auch der Anerkennung von Fertigkeiten und Lernen am Arbeitsplatz oder unter anderen informellen Bedingungen (**F**). In **England** wurde die Strategie der Regierung für die Verbesserung der Schreib- und Lesefähigkeit, der Sprachkenntnisse und der Rechenfähigkeit (*Skills for Life*) im März 2001 mit dem Ziel auf den Weg gebracht, bis 2007 1,5 Millionen Erwachsene zu erreichen. Für den Lese-, Schreib- und Rechenunterricht entstehen dem Lernenden keinerlei Kosten. Bisher haben 240 000 Erwachsene die Hotline genutzt, um sich über die Kurse zu informieren. Nach Hochrechnungen ist die angepeilte Zahl von 470 000 Lernenden, die ihre Grundfertigkeiten bis 2003 verbessern sollen, bereits erreicht worden und mehr als 3 Millionen Lerngelegenheiten sind bereitgestellt worden. Initiativen zur Verbesserung der Schreib- und Lesefähigkeit, der Sprachkenntnisse und der Rechenfähigkeit werden durch arbeitsplatzorientierte Lernaktivitäten implementiert, durch den Gefängnisdienst, den Gesundheitsdienst, Arbeitsämter, Familien und Gemeindeprogramme und durch Weiterbildungsanbieter. Spezielle Pilotprojekte die auf jene mit Lernschwierigkeiten oder – behinderungen oder Personen mit Sprachdefiziten abzielen werden zudem durchgeführt. **Schottland** entwickelt gemeindebezogene Lernpartnerschaften in Bezug auf die Verbesserung der Schreib- und Lesefähigkeit und der Rechenfähigkeit.
28. Unter den speziellen Zielgruppen werden am häufigsten und vielfach auch unter Hinweis auf die Dringlichkeit Zuwanderer, ethnische Minderheiten, Flüchtlinge und Asylbewerber genannt. Die Berichte vermitteln den Eindruck, dass auch dann, wenn die Zahl der Betroffenen nicht allzu hoch ist, die Angelegenheit als dringlich und in einigen Ländern als neuartig und mit sofortigem Handlungsbedarf angesehen wird. Praktisch alle Länder führen Beispiele von Maßnahmen an, von denen viele das Erlernen der Landessprache als Zweitsprache betreffen. Die (besonders motivierend wirkenden) Vorteile, dies am Arbeitsplatz zu tun, liegen auf der Hand, doch wird auch die Notwendigkeit hervorgehoben, die Sprache des Gastlandes zu beherrschen, um als aktiver Staatsbürger und nicht lediglich am Arbeitsleben teilzunehmen (**NL**). Daher muss in dieser Hinsicht ein Gleichgewicht beim Angebot für das Erlernen der Sprache erreicht werden. Oftmals weisen die eingeleiteten Maßnahmen eine interkulturelle Dimension auf und sollen unter anderem Zuwanderern den Zugang zu regulären Angeboten erleichtern, z. B. in **Deutschland** zum dualen System.

29. Einige Länder führen die Frage der Einbeziehung von Häftlingen in LLL-Strategien und weitere spezifische Programme an (zum Beispiel der Strategische Plan Flanderns zu Unterstützenden Leistungen für Häftlinge). Zum Teil wird speziell der Sprachunterricht für Zuwanderer/ethnische Minderheiten Bezug genommen (**England, Schottland**) genannt.
30. Obwohl wir uns im Internationalen Jahr der Menschen mit Behinderung befinden, verweisen relativ wenige Berichte speziell auf Initiativen für körperlich und geistig behinderte Menschen. Eine der Ausnahmen ist **Dänemark**. **Frankreich** unterstützt durch ODL den Lernzugang von Personen mit Behinderung.
31. Der Zugang zu Bildung, einschließlich Hochschulbildung, für Personen in abgelegenen Gebieten wird noch immer als ein Problem angesehen, dem Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. In **Schweden** wurde eine Internet-Universität eingerichtet, die bereits in den vorhandenen Einrichtungen angebotene Programme miteinander verknüpft. **Österreich** verweist auf den Erhalt von Schulen in ländlichen Gebieten als kulturelle Ressource für die Kommune und wendet sich damit wahrscheinlich gegen den Rationalisierungstrend andernorts.

### **IKT-Kompetenzen (Frage 7)**

#### *- Ziele und Prioritäten entsprechend den unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten*

32. Viele Länder verweisen auf die wirtschaftliche Notwendigkeit, an den Schulen und unter der Bevölkerung insgesamt IKT-Kompetenzen zu entwickeln, doch lassen sich nur schwer klare Tendenzen im Hinblick auf Zielvorgaben und Prioritäten erkennen. Da sich die Länder diesbezüglich in verschiedenen Entwicklungsstadien befinden, beispielsweise im Hinblick auf die Zahl von Einzelpersonen, Schulen und anderen Einrichtungen, die Zugang zu Computern und zum Internet haben, messen sie den IKT-Aspekten auch unterschiedliche Bedeutung bei. Für die meisten Länder ist es nicht nur die Frage des Zugangs oder des verbesserten Zugangs mithilfe eines Breitbandanschlusses, die gegenwärtig im Mittelpunkt steht. Für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen bzw. das System der allgemeinen und beruflichen Bildung werden unterschiedliche Ziele gesteckt. So lautet beispielsweise das Ziel in der Weiterbildung in **Nordirland** 1 PC für jeweils 5 Vollzeitäquivalent(VZÄ)-Studenten und 3 VZÄ-Mitarbeiter; für **Dänemark** gilt, dass 70 % der Familien mit schulpflichtigen Kindern Zugang zum Internet erhalten. In **Frankreich** haben alle Arbeitsuchenden Anspruch auf eine 14-stündige IKT-Schulung, die auf 21 Stunden ausgedehnt werden kann, um Grundkompetenzen auf diesem Gebiet zu erlernen. Mehrere Länder achten besonders darauf, dass die Teilnahme von Frauen an der IKT-Schulung erhöht wird (**Deutschland** will bis 2005 40 % erreichen). In seinem Nationalen IKT Aktionsplan (2001-2006) plant **Portugal** bis zum Jahr 2006 IT Grundkompetenzen von 2 Millionen Bürgern zu zertifizieren. Gegenwärtig macht Portugal IKT-Fertigkeiten zu einem ausdrücklichen Bestandteil der nationalen Lehrpläne für die Sekundarstufe II. Nachdem das Ziel, 100 % der Schulen der Sekundarstufe II mit einem Internetanschluss auszustatten, bereits im Jahr 2000 erreicht wurde, hat Portugal bereits im Jahr 2002 ein Computer-Studenten-Verhältnis von 1:20 in der Sekundarstufe I erreicht, wobei es allerdings in den Grundschulen noch bei 1:56 liegt. **Irland** nimmt IKT als Grundkompetenz in viele Maßnahmen für die Eingliederung in die Gesellschaft oder den Arbeitsmarkt auf. **Österreich** hat eine umfangreiche IKT-Initiative für den Zeitraum 2000-2003 lanciert („eFit-Austria“) und eine ‚Computer-Milliarde‘ (in österreichischen Schilling, ungefähr 72,6 Millionen Euro) zur Verfügung gestellt, um diese Initiative zu unterstützen. Das neue **schottische** Programm für persönliche Lernkonten (Individual Learning Accounts), das im Jahr 2004 lanciert wird, wird Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen dazu ermutigen, in stärkerem Maße an IKT Kursen teilzunehmen.

#### *- IKT-Nutzung im Unterricht*

33. Immer größere Bedeutung wird gegenwärtig der Frage beigemessen, wie IKT als Lern- und Bildungsinstrument eingesetzt wird. In **England** soll das Programm National Learning

Network Transformation, das sich noch in der Aufbauphase befindet, das eLearning in der Altersgruppe ab 16 Jahre aufnehmen. **Italiens** Aktionsplan für die New Economy ist zu wesentlichen Teilen der allgemeinen und beruflichen Bildung im Bereich der IKT gewidmet. 2003 wurde ein Projekt mit der Bezeichnung „PCs für junge Leute“ auf den Weg gebracht, um die Anwendung und den Erwerb von Computern zu fördern. Im Zusammenhang mit dem Ziel, bis 2004 eine Quote von einem Computer pro 10 Studenten zu erreichen, wurden im Jahr 2001 ein Aktionsplan für die IKT-Schulung von Lehrern sowie ein nationales Programm für die Förderung der Anwendung der IKT als didaktisches Instrument aufgelegt. In **Finnland** ist das Projekt „Bürgerkompetenzen in der Informationsgesellschaft“, das für Zuwanderer und über 60-Jährige gedacht ist, Teil der Strategie „Allgemeine und berufliche Bildung und Forschung in der Informationsgesellschaft 2000-2004“. Im französischsprachigen Teil **Belgiens** verabschiedete die Regierung im Juli 2002 einen strategischen Plan für die Aufnahme der IKT in den Lehrplan der Schulen, und die Region **Wallonien** hat in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor einen so genannten „*Plan Mobilisateur TIC*“ aufgelegt, um Arbeitsuchenden den Zugang zur IKT zu ermöglichen. Bei der Erarbeitung neuer Ausbildungsprogramme für Berufe in den Bereichen IT und Medien wurde darauf geachtet, dass die neuen Programme und Prüfungen selbst flexibel und dynamisch sind (**D**).

- IKT als Mittel den Zugang zum Lernen zu erleichtern

34. Das Internet wird allgemein als Mittel für den Aufbau von Partnerschaften zwischen den verschiedenen Organisationen und Ministerien und für den Zugang zu ihnen genutzt. **Luxemburg** hat ein Netz von Internetzentren (jeweils eines je Gemeinde) eingerichtet, in denen unmittelbar Erfahrungen mit IT gemacht werden können. **Norwegen** betrachtet die IKT-Entwicklung als Mittel für den erweiterten Zugang zu Wissen und zur Schaffung flexibler und benutzerfreundlicher Möglichkeiten. So hat das Land eine CD-ROM erstellt, die Erwachsene motivieren und ihnen zeigen soll, wie man das Internet nutzen kann, während eine **dänische** Nichtregierungsorganisation (DaneAge Association) kostenlose Kurse für Senioren organisiert.

- Lehrer und Ausbilder

35. Ein in den Antworten vieler Länder immer wiederkehrendes Thema ist die Schlüsselrolle von Lehrern und Ausbildern (**D, N-IRL, GR**), die Frage, wie deren IKT-Kompetenzen verbessert werden können (**B, N, DK, P**) und wie der auf IKT basierende Unterricht verbessert werden kann (**F**). In **Griechenland** wird IT inzwischen in allen Stufen der Sekundarbildung unterrichtet, was jetzt auch im Primarschulensektor erreicht werden soll. Bis 2002 sollten alle Lehrer eine IT-Schulung absolviert haben, zugleich wurden Netzwerke eingerichtet, mit denen sie ihren Kenntnisstand weiter aktualisieren können. Auch durch Fernunterricht sollen die Fertigkeiten der Lehrer auf diesem Gebiet verbessert werden. **Frankreich** errichtet gegenwärtig ein nationales Zentrum für die Ermittlung guter Inhalte und guter pädagogischer Praxis.

**Förderung des LLL am Arbeitsplatz (Frage 8)**

36. Die meisten Berichte der Mitgliedstaaten enthalten sehr wenige konkrete Aussagen zu neuen Initiativen, die vom Arbeitsplatz ausgehen (siehe auch Absatz A.6), was möglicherweise auf die Art und Weise der Erarbeitung der Antworten zurückzuführen ist. Es fällt auf, dass selbst so vertraute Konzepte wie die lernende Organisation oder *l'organisation qualifiante du travail* nicht erwähnt werden. Das Programm „Investors in People“ (IiP) im **Vereinigten Königreich**, an dem 34 000 Unternehmen teilnehmen wird weiter ausgebaut – wobei **England** speziell die Unterstützung von KMU verstärkt und **Schottland**, das Programm als Schlüsselinstrument für die Entwicklung von lernenden Organisationen nutzt. Die **Niederlande** führten 2002 „Investors in People“ ein und legten ein umfangreiches Programm für die Bildungsförderung in KMU auf. Dazu gehört auch die Ausbildung von Ausbildungsberatern und die Entwicklung eines Selbstdiagnoseinstruments für Unternehmen.

Der Bericht **Portugals** enthält die Zielvorgaben im Hinblick auf eine jährliche Mindeststundenzahl für die Weiterbildung, die für alle Arbeitnehmer gelten und im Rahmen von trilateralen Abkommen ausgehandelt werden. In diesen Abkommen sind auch spezielle Aktionen für junge Arbeitnehmer mit unzureichender formaler Bildung vorgesehen.

37. **Norwegen** berichtet über die Aufstockung von Mitteln und über Maßnahmen zur Erweiterung der Möglichkeiten für die Weiterbildung von Arbeitnehmern im Rahmen des Competence Building-Programms, und **Griechenland** weist auf Bildungsmaßnahmen für Selbständige sowie von Staatsbeamte im Rahmen der Strukturfonds hin. In **Finnland** gibt es ein System für betriebliches Lernen, an dem sich 2002 45 000 Personen beteiligten. Ein neues, vom ESF kofinanziertes Programm für das Lernen am Arbeitsplatz hat das Ziel, innerhalb von fünf Jahren 10 000 Lehrer und 20 000 betriebliche Ausbilder weiterzubilden. Das Programm TYKE für die Weiterbildung am Arbeitsplatz spielt seit 1996 eine wichtige Rolle. In Finnland sind die KMU vor allem im Metallsektor bei der Entwicklung des betrieblichen Lernens äußerst aktiv. In **Belgien** läuft in **Flandern** ein Projekt zur Überprüfung von Datenbanken über berufspraktische Erfahrungen, in denen Angebot und Nachfrage zusammengeführt werden sollen, und die **wallonischen** Behörden gewähren finanzielle Anreize für die Verbesserung der Fortbildung erwerbstätiger Arbeitnehmer und die Abstimmung von Qualifikationsnachfrage und -angebot. **Dänemark** erklärt in seinem *Integration Action Plan*, dass das Unternehmen für Zuwanderer ein wichtiger Ort für den Erwerb von Dänischkenntnissen ist, und **England** hebt die Rolle der Arbeitgeber bei der Verbesserung der Grundkompetenzen hervor, indem Kurse für Schreib- und Rechenfähigkeit sowie Sprachkurse angeboten werden (Employer Training Pilots – Ausbildungspilotprojekte der Arbeitgeber, im September 2002 auf den Weg gebracht).

#### **Anreize für Unternehmen, in LLL zu investieren (Frage 9)**

38. Im **Vereinigten Königreich** bietet das Pilotprojekt „Small Firm Development Account“ (SFDA) in **England** kleinen Unternehmen finanzielle Anreize für die Erarbeitung von Qualifizierungsplänen und die anschließende Durchführung der Bildungsmaßnahmen; der **schottische** „Skills fund“ (SSF) wurde 2001 eingerichtet, um auf Sektorebene eine hochwertige Ausbildung am Arbeitsplatz zu ermöglichen (jährlich 0,5 Mio. UK £/0.8 Mio. Euro). Auch im **Belgien** (Flandern) nehmen KMU an einem Programm vom Februar 2002 teil, bei dem die flämische Regierung „Bildungsschecks“ zur Verfügung stellt. Andere Initiativen wie das *Godfather-Projekt* unterstützen Darlehen, Ausbildung am Arbeitsplatz und Studiengruppen des alternativen Lernens. Im **griechischen** Bericht wird auf die Verwendung von Mitteln im Rahmen des Operationellen Programms Wettbewerbsfähigkeit zur Unterstützung der Erarbeitung von integrierten Unternehmensplänen verwiesen, in denen Unterricht und berufliche Ausbildung von Personen unter 35 Jahren miteinander verknüpft sind. **Österreich** hat sowohl für Einzelpersonen als auch für Unternehmen neue Steuervorteile für bestimmte Bildungsausgaben Erwerbstätiger eingeführt. Eine wichtige Rolle im **italienischen** Bericht haben Anreize für Investitionen in das LLL. Erwähnt werden ferner berufsübergreifende Ausbildungsfonds, die von den Sozialpartnern verwaltet werden und territorial organisiert sind (finanziert durch Beiträge der Arbeitgeber), sowie ein Gesetz aus dem Jahre 2000, mit dem ein allgemeiner Anspruch auf lebensbegleitendes Lernen, auf Freistellung von der Arbeit für Ausbildungszwecke und auf Steuerermäßigungen begründet wurde.

#### **Lehrer, Ausbilder (Frage 10)**

39. In mehreren Berichten wird auf die neuen Aufgaben verwiesen, die das lebensbegleitende Lernen für Lehrer, Ausbilder, Berater, Tutoren usw. mit sich bringt. Die vor all diesen Gruppen stehenden Herausforderungen ergeben sich nicht nur aus den wechselnden Strukturen und institutionellen Rahmenbedingungen, sondern auch aus den ungeheuren Veränderungen bei den Lehr- und Lernmethoden aufgrund der Einführung neuer Programme und Lehrpläne, vor allem jedoch aus der umfassenden Anwendung neuer Informationstechnologien in vielen Bereichen. Das Verhältnis zwischen Lehrenden und

Lernenden hat einen grundlegenden Wandel erfahren, der noch weiter anhält. Eine wesentliche Aufgabe besteht darin, einer großen, ungleichen Gruppe von Menschen zu helfen, zu diesen Veränderungen eine positive Einstellung zu gewinnen und sich entsprechend anzupassen.

40. Die **Niederlande** führen an, dass sich die Betonung bei der Lehrerbildung dahin verlagert, den Lehrer nicht mehr als Vermittler von Fertigkeiten, sondern als Betreuer beim individuellen Lernen zu betrachten. In **Nordirland** wurden verschiedene Initiativen auf den Weg gebracht, um die Lehrerbildung und die ersten Schritte im Berufsleben an Schulen und im Bereich der Fortbildung zu begleiten. Ein nationales Ausbildungsprojekt in **Schottland** aus dem Jahre 2001 soll Berufspädagogen in allen Bereichen direkte Ausbildungsmöglichkeiten bieten, wobei das konkrete Ziel darin besteht, die Zahl der qualifizierten vollzeitbeschäftigten Lehrer im Bereich der Fortbildung auf 90 % zu erhöhen. **Finnland** hat ein Programm mit der Bezeichnung „Das Leben ist Lernen“ für den Zeitraum 2002-2006 in Angriff genommen, in dessen Mittelpunkt das LLL im Rahmen des Bildungssystems, des Arbeitslebens und der Erst- und Weiterbildung von Lehrern steht. Die **Niederlande** bieten erwachsenen Einsteigern in den Lehrberuf eine IKT-basierte Ausbildung an. **Griechenland** legt Zahlen zum Umfang der Qualifizierung von Lehrern vor und betont wie auch **Frankreich** in diesem Zusammenhang die Nutzung des Fernunterrichts für Lehrer und Ausbilder – entweder im Rahmen des formalen Bildungssystems oder anderweitig. Die Weiterbildung von Lernmoderatoren (Ausbilder, Lehrer, Tutoren und Pädagogen) steht im Mittelpunkt der **italienischen** Strategie, die in jüngster Zeit besonderes Augenmerk auf Lehrtutoren und Tutoren für Jugendliche legt, die im Wesentlichen Beratungs- und Orientierungsaufgaben haben. Weitere Maßnahmen in **Italien**, die teilweise durch den ESF finanziert werden, sind das Fernlernen von Ausbildern und Pilotprojekte für die Weiterbildung von Schullehrern. Mit einem Dekret aus dem Jahre 2001 wurden Qualitätskriterien für Ausbildungseinrichtungen eingeführt, die eine Zertifizierung benötigen, wenn sie staatliche Mittel beantragen wollen. In **England** wird offenbar besondere Betonung auf die Qualifikation derer gelegt, die im Bereich Beratung und Orientierung tätig sind, sei es als persönlicher Berater beim *Connexions*-Dienst oder als Berufsberater in Schulen. Ferner verweist **England** auf den Bericht „Success for All“ vom November 2002, in dem die Notwendigkeit hervorgehoben wird, Bildungsangebote für Leiter, Lehrer, Ausbilder und Unterstützungskräfte im Bereich Fortbildung zu schaffen. In **Belgien** (Wallonien) wurden neue Gesetze verabschiedet, um Kompetenzen und Ausbildungsachsen zu ermitteln, damit die Bildungssysteme besser an das LLL angepasst werden können. Ein Dokument vom Juli 2002 befasst sich mit der Ausbildung an höheren Bildungseinrichtungen (CAPAES). Auf regionaler Ebene ist die Ausbildung von Ausbildern seit der Verabschiedung einer neuen Verordnung im März 2003 zu einer der Hauptaufgaben von FOREM (öffentliche Arbeitsverwaltung) geworden.
41. **Luxemburg** hebt die spezifischen Probleme von Lehrern in der Erwachsenenbildung hervor, die oftmals keine angemessene (oder auch keinerlei) pädagogische Ausbildung haben. Ein **finnisches** Programm geht gezielt auf die Bedürfnisse von Lehrern in der Erwachsenenbildung ein. Es werden kurz Universitäten und Fachhochschulen behandelt. Auch in **Irland** bestehen spezielle Ausbildungsmöglichkeiten im Bereich der Erwachsenenpädagogik, und zwar sowohl für Lehrerstudenten im Grundstudium, für die Erwachsenenbildung als Wahlfach angeboten wird, als auch für Studenten im weiterführenden Studium, die dies mit einer Ausbildung im Bereich Beratung und Orientierung oder mit Studien auf dem Gebiet Humanressourcen für die Wirtschaft kombinieren können. In **Belgien** (Flandern) hat die DIVA-Projektgruppe „Spezifische Kurse für Ausbilder in der Erwachsenenbildung“ Ende 2002 mit der Erarbeitung von Berufsprofilen für erfahrene Ausbilder von Erwachsenen begonnen, der die Festlegung von Grundkompetenzen und Kompetenzstandards sowie die Entwicklung von Modulen für Lernkurse folgen soll, die Ende 2003 abgeschlossen sein dürfte. Das portugiesische Projekt „Lebensbegleitende allgemeine und berufliche Bildung“, das zum Teil durch den ESF finanziert wird, hat seit Dezember 2000 spezifische berufs begleitende Trainingskurse für Ausbilder im Bereich der

Erwachsenenbildung und für Nachhilfelehrer und Mediatoren in Bezug auf die Anerkennung und Validierung des nicht-formellen und informellen Lernens unterstützt

#### **IV. Ausreichende Mittelbereitstellung**

##### **Zielvorgaben der Regierung für Investitionen in Humanressourcen (Frage 11)**

42. Angesichts der gegenwärtigen Haushaltslage überrascht der Mangel an ausgabenbezogenen Zielvorgaben kaum. Zwar enthalten viele Antworten Angaben zu den Aufwendungen für einzelne Initiativen, doch werden die Ziele überwiegend unter dem Gesichtspunkt der Beteiligung und weniger des finanziellen Aufwands angegeben. **Belgien** erwähnt beispielsweise die Bereitstellung von Mitteln, um eine Lerngesellschaft für alle zu schaffen. In Flandern besteht das Ziel, dass bis zum Jahr 2010 mindestens 10% der Bevölkerung zwischen 25 und 65 an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Erworbene Kenntnisse werden auf einheitlicher Grundlage anerkannt, unabhängig davon, wo sie erworben wurden. Wallonien hat das Ziel festgelegt, im Vergleich zu 2000 eine 50%ige Erhöhung der Teilnahme an der Berufsausbildung zu erreichen. Bemerkenswert ist, dass die Mittel für die Ausbildung 2003 beträchtlich aufgestockt wurden, und in einigen Fällen wurden die Mittel für die fachliche Ausbildung in den vergangenen Jahren sogar verdoppelt. Die **Niederlande** wollen sicherstellen, dass der Anteil der an einer Form von allgemeiner oder beruflicher Bildung teilnehmenden Bevölkerung dem der beiden führenden EU-Mitgliedstaaten entspricht. Sie berichten über gute Fortschritte, und zusätzliche Mittel werden auch weiterhin für bestimmte Bereiche zur Verfügung gestellt (Verbesserung der Berufsausbildung, Vermittlung von Grundqualifikationen für ehemals Arbeitslose). Der Bericht **Irlands** enthält mehrere Zielvorgaben entweder ausgedrückt als Anteil der betroffenen Bevölkerung (beispielsweise eine Verbleibquote von 90 % bis zum Abschluss der Sekundarstufe II) oder in Form des internationalen Benchmarking (z. B. Teilnahme an allgemeiner oder beruflicher Bildung nach Abschluss der Sekundarbildung im Vergleich zum führenden Viertel der OECD-Länder).
43. Einige Länder wenden sich dem allgemeinen volkswirtschaftlichen Thema der Investitionen in Humanressourcen zu. So setzte beispielsweise in **Deutschland** die Bundesministerin auf Beschluss des Bundestages eine unabhängige Expertenkommission „Finanzierung Lebenslanges Lernen“ ein. 2002 veröffentlichte die Kommission einen Überblick über den derzeitigen Stand, das Angebot und die Nachfrage in diesem Bereich. Der Endbericht und die Empfehlungen werden Ende 2003 erwartet. Einige Antworten weisen auf relativ hohe Investitionen im Vergleich zu anderen OECD-Partnern hin (**N**) bzw. auf in jüngster Zeit vorgenommene Erhöhungen der Bildungsausgaben (**D**). Der Erhöhung der Aufwendungen für die erwachsene Bevölkerung wird in **Griechenland** mehr Aufmerksamkeit geschenkt als der Erstausbildung (Primar- und Sekundarbildung). **Österreich** verweist darauf, dass seine Bildungsausgaben bereits über dem internationalen Durchschnitt liegen. Das Land konzentriert sich momentan auf die Beibehaltung des Ausgabenniveaus, die Verbesserung der Effektivität der eingesetzten Mittel und die Schaffung eines besseren Zugangs zur Bildung. Die Priorität für 2003 sieht **Frankreich** in der Durchsetzung der Validierung des informellen und nicht formalen Lernens, einschließlich der Erarbeitung eines nationalen Verzeichnisses von Qualifikationen, der Schaffung eines Informations- und Beratungsnetzes und Maßnahmen zur Gewährleistung der Vermittlung von Qualifikationen, durch die die Arbeitsmarktchancen verbessert werden. Im Rahmen des *Pakts für Italien* hat sich das Land das Ziel gesteckt, jährlich die Teilnahme von 700 000 Erwachsene an einer Weiterbildung zu erreichen. In Portugal ist das die NAPE-Strategie für das Jahr 2002 widerspiegelnde Ziel einer Weiterbildungsquote von mindestens 10% der Beschäftigten jeder Firma, als Teil einer Vereinbarung zu Beschäftigung, Arbeitsmarkt, Bildungspolitik aufgestellt worden. Auch soll jeder Beschäftigte bis 2003 mindestens 20 Stunden und bis 2006 35 Stunden zertifizierte berufliche Weiterbildung erhalten. Dies wird auch in den Beschäftigungsregeln unterstrichen, die nach umfassender sozialer Konsultation, zur Zeit gesetzlich verankert werden.

## Zuweisung neuer Mittel bzw. Umlenkung von Mitteln für neue prioritäre Bereiche (Frage 12)

### - Zugang zu Grundbildung über den zweiten Bildungsweg

44. Generell scheinen die Länder die Verantwortung des Staates für die Finanzierung der gesamten allgemeinen und beruflichen Erstausbildung und die Bereitstellung von Unterstützungssystemen, die die Menschen in die Lage versetzen, diese Möglichkeiten zu nutzen, nicht in Frage zu stellen. Allerdings sind die Aussagen zu weiterführender allgemeiner und beruflicher Bildung weniger eindeutig. Insgesamt wird in den Berichten der kostenlose Zugang zu Programmen der beruflichen Grund- und Weiterbildung für Erwachsene, die nur unzureichende Bildungsqualifikationen besitzen, anerkannt. Somit werden Mittel bereitgestellt, um Personen ungeachtet ihres Alters die Möglichkeit zu eröffnen, eine Erstausbildung zu durchlaufen. Gemäß dem **dänischen** Gesetz zur Reform der Erwachsenenbildung vom Januar 2001 stehen Erwachsenen, die an einer allgemeinen Grund- und Weiterbildung sowie an der beruflichen Erwachsenenbildung teilnehmen, neue finanzielle Unterstützungssysteme (2003: 2,3 Mrd. DKK/ 309 Mio. Euro) zur Verfügung. Im Januar 2003 führte **Schweden** ein neues System für die Gewährung von Beihilfen für die Teilnahme an der Erwachsenenbildung ein. Mit Hilfe dieser Regelung sollen Personen im Alter von 25 bis 50 Jahren, die eine Erstbildung auf relativ niedrigem Niveau absolviert haben, im Rahmen der Erwachsenenbildung Kenntnisse entsprechend dem Niveau der Grundbildung und der Sekundarstufe II erwerben. Jährlich werden ca. 2 Mrd. SEK (220 Mio. Euro) für die Unterstützung von etwa 30 000 Vollzeitstudenten zur Verfügung gestellt. In **Finnland** haben die Ministerien für Bildung und Arbeit gemeinsam ein neues Fünf-Jahres-Programm aufgelegt, um Niedrigqualifizierte zu fördern und 30- bis 54-Jährige anzuspornen, die Sekundarstufe abzuschließen und Computerkenntnisse zu erwerben. Etwa zehn Prozent der Ausbildung sind auf den Bedarf der Wirtschaft abgestimmt, die die Hälfte der Kosten übernimmt. Im **UK** fließen im Zeitraum 2003-2006 52,2 Mio. £ (82 Mio Euro) in das Extended-Schools-Programm in **England** (in Absatz C.20 beschrieben), und **Schottland** plant, bis 2006 ca. 40 Mio. £ (63 Mio Euro) in lokale Lernpartnerschaften für den Erwerb von Schreib- und Rechenkundigkeit Erwachsener zu investieren. In **Irland** haben sich die Ausgaben für die Lese- und Schreibfähigkeiten von Erwachsenen seit 1998 auf das Neunzehnfache erhöht, wahrscheinlich in Reaktion auf die Ergebnisse von OECD-Studien.

### - Besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis

45. Im Allgemeinen liegt die Betonung statt auf dem Einsatz neuer Mittel auf der Erzielung von mehr Qualität für das ausgegebene Geld und auf Überlegungen, wie das Geld am besten verwendet werden kann. **Frankreich** erklärt, dass das bisher für die künstlerische Bildung bestimmte Geld für die Einstellung zusätzlicher Lehrer und höhere Bildungsausgaben eingesetzt wird. 2003 werden die Mittel für die Unterstützung von benachteiligten Gruppen, die verstärkte Anerkennung von im Rahmen des nicht formalen Lernens erworbenen Grundbildungs-Kenntnissen und die Ausstattung der Schulen mit IKT verwendet. Initiativen der beruflichen Erwachsenenbildung konzentrieren sich auf Gruppen, die kaum Chancen zur Weiterbildung haben (Arbeitnehmer in KMU, vor allem im Dienstleistungssektor mit seinen unsicheren Beschäftigungsverhältnissen). In **Finnland** stehen erwachsenen Lernenden seit 2001 Zuschüsse und Darlehen für beschäftigte Erwachsene und Unternehmer zur Verfügung, die ihren Qualifikationsstand auf eigene Initiative verbessern wollen. Zuschüsse werden unter bestimmten Bedingungen auch denjenigen gewährt, die sich für ein Studium freistellen lassen und Einkommen einbüßen.

## Anregung privater Investitionen in die Bildung (Frage 13)

46. Anders als bei der allgemeinen und beruflichen Erstausbildung wird stärkere Betonung auf die Verantwortung von Arbeitgebern und Einzelpersonen für die Weiterbildung gelegt, vor allem im Bereich höherer Qualifikationen. Das **schwedische** Parlament billigte 2002 einen in einer Gesetzesvorlage enthaltenen Vorschlag, demzufolge für den Erwerb von Wissen und die

Kompetenzentwicklung drei Parteien zuständig sind – der Einzelne, der Arbeitgeber und der Staat. Die Initiative wird derzeit noch weiter geprüft, so dass in Kürze mit der Vorlage einer detaillierteren Gesetzesvorlage zu rechnen ist.

47. Wenn sich der Gedanke, dass Geld dem Lernenden folgen sollte (**DK, NL**), immer mehr durchsetzt, bleibt genau die Frage, wie man das am besten organisieren kann, ungelöst. Sollte das Geld an die Arbeitgeber, die Bildungsanbieter oder direkt an die Lernenden gehen oder an alle drei zusammen? Im **UK (England)** wurde die Unterstützung nicht nur von Arbeitgebern, insbesondere KMU, im Rahmen des Programms „Investors in People“ erhöht, sondern auch in Form von Ausbildungsbeihilfen beispielsweise für Jugendliche, damit diese ihre Schulbildung fortsetzen.
48. Bei der Einrichtung von individuellen Lernkonten (ILA) (**UK, S, NL, A**) gab es in einigen Fällen Schwierigkeiten. Neue ILA-Systeme stehen kurz vor der Einführung im **UK (Wales und Schottland)**. Viele Finanzierungssysteme werden gegenwärtig überprüft, jedoch bestehen vereinzelt bereits Regelungen bzw. werden eingeführt, um zu gewährleisten, dass „erfolgreiche“ Schulen und andere Bildungseinrichtungen durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel belohnt werden. In **England** gelten beispielsweise ab 2004/2005 an Ergebnisse geknüpfte höhere Finanzierungssätze. In **Belgien** (Wallonien) gibt es für erwachsene Arbeitnehmer finanzielle und andere Anreize, darunter im Rahmen der Projekte „cheque-formation“ und „crédit-adaptation“.
49. Sehr wenig Beachtung findet in den Berichten (ausgenommen **Griechenland** und **Frankreich**) die Finanzierung des Lernens durch die Arbeitnehmer, indem auf nationaler oder sektorieller Ebene von den Arbeitgebern Abgaben erhoben werden. **Frankreich** führt an, dass sich die Beiträge der Arbeitgeber zur beruflichen Aus- und Weiterbildung ihrer Arbeitnehmer auf 3,16 % der Lohnsumme belaufen, während 1,5 % gesetzlich vorgeschrieben sind. Die Bemühungen seien dabei auf die Beteiligung des Privatsektors an der Organisation und dem Inhalt der finanzierten Aktivitäten gerichtet und weniger auf die Erhöhung des Investitionsniveaus.
50. Hinsichtlich der Finanzierung der höheren Bildung bestehen Unterschiede, obwohl dieses Thema in vielen Berichten nicht direkt angesprochen wird. Im **schwedischen** Bericht heißt es, dass die Hochschulbildung für Studenten kostenlos sein müsse. Zudem sollten Studenten Zuschüsse zu günstigen Bedingungen erhalten können. Die in jüngster geführten Zeit bzw. derzeit noch laufenden Diskussionen zu Studiengebühren und Fördersystemen in vielen Ländern (z. B. **D, UK, IRL**) sollten vielleicht in den Rahmen des LLL gestellt werden, da sich ihr Ausgang auf den Zugang zu Lernmöglichkeiten in einem späteren Lebensabschnitt und deren Nutzung auswirken dürften. In **Österreich** ist die berufliche Hochschulbildung privat organisiert, wenngleich der Staat den Studenten in Bezug auf Fachhochschulkurse Beihilfen gewährt, und wie auch in vielen anderen Ländern werden die Einrichtungen angehalten, sich nach zusätzlichen Mitteln aus anderen Quellen umzusehen.
51. Vor allem in Ländern, in denen allgemeine und berufliche Bildung sowie Berufsberatung und Arbeitsverwaltung im Wesentlichen Aufgabe des Staates sind, steht die Frage der Schaffung und effektiven Regulierung eines Marktes für Anbieter von allgemeiner und beruflicher Bildung. Diesbezügliche Gesetze wurden vor kurzem in einigen Ländern (**D, F, I**) verabschiedet, wobei der Qualitätskontrolle besondere Aufmerksamkeit galt.

#### **Öffentlich-Private Partnerschaften (public-private partnerships) (Frage 14)**

52. Zunächst einmal sollte erklärt werden, was unter öffentlich-privaten Partnerschaften zu verstehen ist. In vielen Ländern befinden sich seit langem wesentliche Teile des Systems der allgemeinen und beruflichen Bildung in privater Hand und werden in begrenztem, wenngleich unterschiedlichem Maße auch von diesen Gremien finanziert. Dabei handelt es sich größtenteils um Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen, Organisationen der Sozialpartner, Berufsverbände usw.). Aus den Berichten geht nicht hervor, ob Investitionen des Privatsektors in Bildungseinrichtungen erheblich zugenommen haben bzw. ob sie eine

wesentliche Rolle spielen. Andererseits besteht die verbreitete Ansicht, dass das Lernen nicht unentgeltlich sein sollte, wobei die Kosten nicht nur die staatlichen Behörden, sondern auch Arbeitgeber und der Einzelne tragen sollten. Für Bildungsausgaben werden demgemäß für Unternehmen und den Einzelnen steuerliche Vergünstigungen gewährt (**DK, I, S, NL**). In **Dänemark** können Privatpersonen außerdem Aufwendungen für die berufliche Weiterbildung von der Einkommensteuer absetzen. Gleiches gilt beispielsweise für die Beteiligung der Arbeitgeber an diesen Ausgaben. Es bestehen allerdings auch Regelungen wie die *Connexions Card* in **England**, deren Ziel es ist, junge Menschen zu ermutigen auch nach dem 16. Lebensjahr weiterzulernen, während der Privatsektor durch seine Beiträge der „lernenden“ Bevölkerung Leistungen zu geringeren Kosten oder ganz und gar kostenlos anbietet. In **Frankreich**, wo das System der Ausbildungsabgaben gut entwickelt ist und die Aufwendungen für die berufliche Ausbildung etwa doppelt so hoch wie der gesetzlich vorgeschriebene Mindestsatz sind, liegt die Betonung bei den öffentlich-privaten Partnerschaften nicht auf der Finanzierung, sondern auf der Förderung einer wesentlichen Mitwirkung der Industrie an der Festlegung des Ausbildungsinhalts. In seiner Beantwortung der Frage zu den Partnerschaften auf kommunaler Ebene erklärt **Österreich**, dass 40 % der Schulen von der Wirtschaft gefördert werden, obwohl nichts dazu gesagt wird, wie sich dies auf die Finanzen der Schulen auswirkt. **Belgien** (Flandern) weist auf eine neue Verordnung hin, durch die die Bedingungen für öffentlich-private Partnerschaften geregelt werden sollen. Damit wurden verschiedene Initiativen vor allem im Bereich IKT auf den Weg gebracht, so unter anderem die Partnerschaft „Digikids“ zwischen bekannten Unternehmen, den Medien und der Regierung, durch die 1 700 Schulen Zugang zum Internet erhielten. **Irland** merkt an, dass ein vom Staat geschaffener Fonds für Investitionen in Bildungstechnologie, mit dessen Hilfe den Qualifizierungsbedürfnissen durch Weiterbildung nachgekommen werden sollte, nicht zu den erhofften Privatinvestitionen geführt hat. So steuern zwar einige Unternehmen umfangreiche Mittel zu bestimmten Maßnahmen an Hochschuleinrichtungen bei, tun sich jedoch schwer, einen Beitrag zu einem allgemeinen Fonds zu leisten. Bei anderen öffentlich-privaten Partnerschaften in Irland geht es um die finanztechnische Abwicklung öffentlicher Investitionen und weniger um eine auf Bildung basierende Partnerschaft.

## V. Erleichterung des Zugangs zu Bildungsmöglichkeiten

### Hürden für den Zugang zum Lernen; soziale Integration (Fragen 15 und 16)

53. Alle Länder beabsichtigen Hindernisse zu beseitigen und den Zugang für unterschiedliche Gruppen zu verbessern, insbesondere für Gruppen, die unter anderem aufgrund eines schwierigen Umfeldes unter sozialer Benachteiligung leiden, für Zuwanderer oder ethnische Gruppen oder für Personen, die ihre Grundbildung nicht abgeschlossen haben. Aus vielen Antworten geht weiterhin hervor, dass Schulen und andere Bildungseinrichtungen gegenüber ihrem Umfeld und füreinander wesentlich offener sein sollten.

#### - Soziale Integration

54. Besonders betont wird die soziale Integration. In **England** kommt das durch verschiedene Maßnahmen zum Ausdruck. Diese beziehen sich auf das Wohngebiet, auf ethnische Ausgrenzung oder sonstige Ausgrenzungsprobleme. Schottland setzt damit fort, die Empfehlungen des Schottischen Forums zur Integration von Flüchtlingen zum lebenslangen Lernen dadurch umzusetzen, dass Lernmöglichkeiten für Flüchtlingen und Asylbewerber geschaffen werden. In der Mehrzahl der Länder werden Maßnahmen ergriffen, die auf die verschiedenen Gruppen abzielen. Erfasst wird dabei die gesamte Spanne von den generellen (mangelhaft qualifizierte Erwachsene) bis hin zu den spezifischen Problemgruppen (Zuwanderer, Asylbewerber, Roma). In den Antworten wird vor allem auf Gruppen verwiesen, die außerhalb des Pflichtschulbereichs liegen (Altersgruppe der 4/6- bis 16/18-Jährigen). Im Allgemeinen beinhalten Wiedereingliederungsprogramme für Arbeitsuchende eine Ausbildungskomponente (**NL, F**). **Griechenland** und **Deutschland** verweisen auf

Ganztagsschulen als Mittel zur Bekämpfung der Ausgrenzung, indem jungen Menschen einerseits eine bessere allgemeine Bildung zuteil wird und andererseits die Eltern, vor allem Mütter, die Möglichkeit erhalten, einer Beschäftigung nachzugehen oder ihr Qualifikationsniveau zu verbessern. **Frankreich** hebt das offene Lernen und den Fernunterricht (ODL) mithilfe der IKT insbesondere für Schüler mit Behinderungen und Kinder in entlegenen ländlichen Gebieten oder in stationärer Behandlung hervor. Zudem wird eine Website entwickelt, um die Kontinuität der Ausbildung von Kindern der Fahrenden zu gewährleisten. Auch das ODL, einschließlich des ODL per Satelliten-Fernsehen, wird in **Frankreich** für die berufliche Bildung genutzt, um den Zugang insbesondere von KMU-Inhabern und Arbeitnehmern zu erleichtern. Portugal entwickelt im Rahmen seines Nationalen Aktionsplans zur Sozialen Integration als Teil des Europäischen Prozesses zur sozialen Integration eine erhebliche Zahl von sozialen, bildungs- und beruflichen Maßnahmen die auf speziell gefährdete Bevölkerungsgruppen abzielen: frühe Schulabbrecher aus benachteiligten Haushalten, junge Delinquenten und Drogenabhängige, Einwanderer und Minderheiten. Priorität wird dabei der beruflichen Erstausbildung und der Entwicklung von Grundfertigkeiten in Bezug auf die Teilnahme an der Gesellschaft und der Beschäftigungsfähigkeit von jungen Leuten, aber auch Integrationsprogrammen für Einwanderer, einschließlich Sprachkursen und des Erwerbs der Kenntnis Ihrer Rechte und Pflichten gemäß der portugiesischen Verfassung, gegeben. **Italien** befasst sich - zum Teil mit Unterstützung des ESF – mit der Frage der Schulabbrecher, indem es spezielle Zentren in Städten sowie in Rand- und isolierten Gebieten einrichtet. **Irland** will ebenfalls verhindern, dass Schüler die Schule abbrechen, und stützt sich dabei auf einen ganzheitlichen Ansatz, der schulische und außerschulische Maßnahmen für besonders gefährdete Zielgruppen miteinander kombiniert, sowie den Aufbau von Beziehungen zu Hochschuleinrichtungen, um die betroffenen Kinder zu einem Tertiärstufenabschluss zu ermutigen.

- Zuwanderer und ethnische Minderheiten

55. Die einzelnen Ländern gehen hinsichtlich der Kategorisierung von Personen unterschiedlichen ethnischen oder nationalen Hintergrunds (Zuwanderer, Asylbewerber, Flüchtlinge, ethnische Minderheiten, Roma usw.) für spezielle Initiativen unterschiedliche Wege. Allerdings zeigt die Bedeutung, die diesem Thema in vielen Berichten beigemessen wird, dass sie sich in zunehmendem Maße um die erfolgreiche Eingliederung dieser Gruppen in die Gesellschaft bemühen. Ein effektives Angebot zum Sprachenlernen, insbesondere zum Erlernen der Sprache des Gastlandes, wird als äußerst wichtiges Thema angesehen, so dass sich in vielen Berichten ein Hinweis auf Projekte für eine erfolgreiche Bewältigung dieses Problems findet (**DK, B (NL), D, GR, L, UK, N**). **Griechenland** führt außerdem als spezifisches Problem die beachtliche Zahl von Griechen an, die aus dem Ausland zurückkehren. Ungewöhnlich ist, dass die **Niederlande** neben Kursen zur Vermittlung von Schreib- und Lesefähigkeiten sowie von Grundbildung an Zuwanderer auch eine Kampagne zur Vermittlung entsprechender Kenntnisse an die eigenen Staatsangehörigen als Mittel zur Bekämpfung der Ablehnung von Zuwanderern anführen. Ihre für Zuwanderer vorgesehenen Integrationsprogramme gehen über die Betonung der Sprachausbildung hinaus und schließen eine duale Berufsbildung ein. Es ist das einzige Land, das einen Aktionsplan aufgelegt hat, um den Arbeitsmarktstatus höher qualifizierter Flüchtlinge durch Anerkennung ihrer Abschlüsse aufzuwerten. In **Dänemark** bieten die öffentlichen Bibliotheken spezielle Leistungen für ethnische Minderheiten an. **Italien** verweist auf seinen nationalen Aktionsplan für soziale Integration als Teil des Europäischen Prozesses der sozialen Integration, der eine Vielzahl von Maßnahmen für Zuwanderer, Flüchtlinge und Menschen mit Behinderung umfasst: Priorität erhalten Anreize für Unternehmen, die Angehörige benachteiligter Gruppen einstellen, integrierte Maßnahmen für die Umschulung von Personen mit Behinderungen, Ausbildungsprogramme, Programme zur Verbesserung der Schreib- und Lesefähigkeiten sowie Berufsberatung und -orientierung. Laut einem Gesetz aus dem Jahre 1999 haben Zuwanderer und Asylbewerber in **Finnland** Anspruch auf Erstellung eines allgemeinen und beruflichen Bildungsplans innerhalb der ersten drei Jahre nach ihrer Ankunft. Spezielle Interessengruppen in **Belgien** (Flandern) haben

bei der Finanzierung Vorrang und werden von bestimmten Gebühren befreit. Der VDAB organisiert die berufliche Bildung für verschiedene Gruppen benachteiligter Personen. In Wallonien betreffen Verordnungen spezifische Gruppen von benachteiligten Personen im Rahmen einer Politik der positiven Diskriminierung. Im Steigen begriffen ist die Zahl der Asylbewerber, die Unterstützung für Ausbildung beantragen, einschließlich der Vermittlung von Schreib-, Lese- und IKT-Fähigkeiten.

#### - Gleichstellung der Geschlechter

56. Einige Berichte verweisen auf die mangelnde Gleichstellung der Geschlechter. Betont werden sowohl das Erreichte – beispielsweise höhere Teilnahmequoten von Frauen an der Hochschul- und Berufsbildung – als auch die Schritte, die noch zu tun sind. **Deutschland** weist auf die Notwendigkeit hin, die Teilnahme von Frauen an der Berufsbildung, vor allem jedoch die Zahl der weiblichen Ausbilder zu erhöhen, während **Griechenland** zu den Ländern gehört, die die Gleichstellung der Geschlechter im Bereich IT unterstreichen. In **Belgien** (Wallonien) erhalten Frauen, denen IKT-Kenntnisse vermittelt werden, besondere Unterstützung für ihre Kinder. **Österreich** sagt klischeehaften Vorstellungen bezüglich der wissenschaftlichen und fachlichen Laufbahnen von Frauen und Männern mit Hilfe von Informationskampagnen und „Schnupperkursen“ (kurze Kurse, die es den künftigen Teilnehmern ermöglichen, einen Eindruck vom Unterrichtsangebot zu erhalten) den Kampf an. Keiner der Berichte kommentiert das zunehmend beobachtete Problem der Leistungsschwäche von Jungen in der Schule, die vielfach der erste Schritt zu sozialer Ausgrenzung ist.

#### - Häftlinge und ehemalige Straftäter

57. Programme für Häftlinge und ehemalige Straftäter, die von mehreren Ländern genannt wurden, umfassen die Vermittlung von Lese- und Schreibfähigkeiten sowie allgemein- und berufsbildende Maßnahmen. In **Frankreich** erfolgt die Anerkennung von Qualifikationen, die während der Arbeit im Gefängnis erworben wurden.

#### - Zugang zu IKT

58. Der nicht gleichberechtigte Zugang zu IKT wird von **Frankreich** und den **Niederlanden** als ein Faktor der Ausgrenzung angeführt, der konkrete Abhilfemaßnahmen erfordert, beispielsweise durch Aufnahme in die aktive arbeitsmarktpolitische Unterstützung von Arbeitsuchenden oder indem im Rahmen von speziellen Wochen für erwachsene Lernende oder von auf ältere Lernende abzielenden Maßnahmen darauf aufmerksam gemacht wird.

#### - Erwachsene, denen es an Grundfertigkeiten fehlt

59. Viele Maßnahmen betreffen erwachsene Arbeitnehmer und Arbeitslose; dabei steht die Vermittlung von Grundkompetenzen für Personen, die die Schulbildung nicht abgeschlossen haben, im Vordergrund. Dies kann durch Zugang zu formalen Erstausbildungsprogrammen (hauptsächlich Sekundarausbildung) erfolgen bzw. durch spezielle berufliche oder allgemeine Erwachsenenbildung unter unterschiedlichen formalen und informellen Bedingungen. Programme für die Vermittlung von Lese-, Schreibe- und Rechenfähigkeiten finden in vielen Berichten Erwähnung, und an hervorragender Stelle werden begleitende Maßnahmen genannt, die den Menschen helfen sollen, offen über ihre Bildungsdefizite zu sprechen und sich bereit zu erklären, an Kursen teilzunehmen. Mehrere Berichte verweisen auf die Schwierigkeit von Erwachsenen, die eingestehen müssen, dass sie an Programmen für die Vermittlung von Grundkompetenzen wie Schreiben, Lesen, Rechnen teilnehmen müssen. In den Berichten wird die Notwendigkeit betont, diesen Personen zu helfen. In **Finnland** haben Erwachsene vielfältige Möglichkeiten, um an Volkshochschulen, Erwachsenenbildungszentren und Berufsbildungseinrichtungen, die auch eine Ausbildung auf dem Gebiet der Informationstechnologie anbieten, einen Abschluss der Sekundarstufe II zu erlangen. Innovativ scheint der in **Schottland** praktizierte Ansatz auf Gemeindeebene den Zugang aller zur Digitaltechnik zu ermutigen. In **Dänemark** wurde ein im Februar 2003 in Angriff genommener staatlicher Aktionsplan für Kompetenzentwicklung von zwei großen

Gewerkschaften für gering qualifizierte Arbeitnehmer unterstützt. **Frankreich** hat kürzlich ein Ausbildungsvertragsprogramm eingeführt, in dessen Rahmen Arbeitslose ohne geeignete Qualifikation eine bestimmte Zeit in einer Ausbildungseinrichtung verbringen und die restliche Zeit in einem Unternehmen, das ihnen einen erfahrenen Arbeitnehmer als Mentor zur Seite stellt.

### Jugend (Frage 17)

60. Außer in Bezug auf Fragen wie frühzeitiger Schulabbruch oder mangelnde Schreib- und Lesefähigkeiten werden Jugendliche im Allgemeinen nicht automatisch als spezifische Zielgruppe für spezielle Maßnahmen im Rahmen des LLL genannt, was auf eine unvollständige Vorstellung vom Konzept des lebensbegleitenden Lernens hindeuten könnte. Von einigen Ländern wird jedoch auf die Rolle und die Bedeutung von Jugendorganisationen und Jugendgruppen sowie auf bestimmte Rahmenbedingungen hingewiesen (**DK, GR, I, F**). Das **griechische** Programm *Youth under 30* (Jugend unter 30) ist eine kollektive Maßnahme, an der sechs Ministerien mitwirken. Es befasst sich unter anderem mit der Ausstattung von 500 Bibliotheken, Programmen zur Gesundheits- und Verbrauchererziehung sowie der Sanierung von Schulgebäuden. Ein weiterer Schwerpunkt (z. B. **Nordirland, Schottland**) besteht darin, in erster Linie benachteiligte Jugendliche dazu zu bringen, die Schulbildung abzuschließen und ihr eine Weiter- und Hochschulbildung folgen zu lassen. In den **Niederlanden** erhalten alle Personen unter 23 Jahren (einschließlich Schulabbrecher, für die Registrierungspflicht besteht) eine persönliche Kennnummer für die allgemeine und berufliche Bildung, so dass die jährlichen Schulzugänge überwacht und die Teilnahme am System der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie die erzielten Leistungen zuverlässig und in quantitativer Hinsicht im ganzen Land im Zeitverlauf verfolgt werden können. In **Frankreich** zielen einige Maßnahmen auf Jugendliche in „schwieriger“ Lage ab, während andere einen allgemeineren Ansatz für die Förderung der Bildung mit Blick auf die Ausfüllung ihrer Rolle als Bürger einer demokratischen Gesellschaft wählen: Dazu gehört die Bildung von Jugendräten auf nationaler Ebene und auf der Ebene der Départements sowie eine rechtliche Regelung, die es den Jugendlichen ermöglicht, Vereinigungen zu gründen, obwohl sie noch nicht volljährig sind. Ein **österreichisches** Gesetz aus dem Jahre 2001 gewährt Jugendorganisationen finanzielle Unterstützung für Berufsbildungsmaßnahmen, damit sie ihrer Bildungsfunktion gerecht werden können, und in einen „Ausbildungspass“ für Jugendliche werden sowohl Bildungsmaßnahmen als auch Erfahrungen in der Jugendarbeit eingetragen. Im Rahmen eines 2003 verabschiedeten Gesetzes wurde in **Finnland** ein 15 spezifische Maßnahmen umfassendes Projekt in Angriff genommen, um die Einbeziehung Jugendlicher zu fördern und die Ausgrenzung zu verhindern. Auf regionaler Ebene werden Anstrengungen unternommen, um junge Menschen bei der Bewältigung des Lebens zu unterstützen und ihre Motivation zu verbessern.

### Ältere Bevölkerung (Frage 18)

61. Überraschend ist allerdings, dass nur über wenige speziell auf ältere Altersgruppen ausgerichtete Aktivitäten berichtet wird. **England** erwähnt, dass ältere Menschen dazu aufgefordert werden, an regulären Bildungsmaßnahmen teilzunehmen; außerdem besitzt das Land eine allgemein anerkannte Kultur des „aktiven Alterns“. **Österreich** ermöglicht ausdrücklich den Zugang älterer Menschen zur Hochschulbildung in Verbindung mit dem traditionellen Angebot an Erwachsenenbildung: LLL scheint hier ein fester Bestandteil eines weiter gehenden Pakets von Politiken für Senioren zu sein. **Schottland** und **Italien** verweisen auf IKT-Programme eigens für ältere Bürger und Arbeitnehmer. Mehrere im Zusammenhang mit der älteren Bevölkerung genannte Maßnahmen werden im Rahmen des Europäischen Sozialfonds durchgeführt.
62. Angesichts der demografischen Trends, die sich auf den Arbeitsplatz des Einzelnen auswirken, hat **Frankreich** umfassende Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Zahl der Vorruhestandler zu verringern. Dazu gehört das Management der Qualifikations- und

Beschäftigungsstruktur des Unternehmens, das eine rechtzeitige Weiterbildung, bei der ältere Arbeitnehmer als Mentoren jüngerer Kollegen eingesetzt werden, die Anerkennung von auf dem Erfahrungsweg erworbenen Kenntnissen und die Validierung der beruflichen Entwicklung ermöglicht. Auch **Deutschland** verweist auf das Thema der älteren Arbeitnehmer im Rahmen von Synergieeffekten und der Weitergabe von Kenntnissen und Erfahrungen von älteren an jüngere Arbeitnehmer und berichtet über Forschungsprojekte, die sich mit dem Platz älterer Arbeitnehmer in einer Volkswirtschaft mit einer sich schnell verändernden Arbeitsorganisation und Arbeitsmethoden befassen. In **Österreich** gibt es eine vom ESF finanzierte Weiterbildungsinitiative, die auf der demografischen Entwicklung und dem erhöhtem Ausbildungsaufwand für Personen über 45 beruht. Das Land verweist auf die „Tabuisierung“ der Weiterbildung von älteren Arbeitnehmern. Wie bereits erwähnt, zielt das neue Gesetz von 2003 in **Finnland** auf Personen im Alter zwischen 30 und 54 Jahren ab. Belgien (Flandern) hat dagegen spezielle Programme für Arbeitnehmer aufgelegt, die über 45 Jahre alt sind. In **Belgien** (Wallonien) laufen spezifische Maßnahmen, um über 50-Jährige beim Zugang zu beruflicher Bildung zu unterstützen. Durchgeführt werden sowohl Maßnahmen für Arbeitnehmer, die über 50 sind, als auch welche für Arbeitnehmer über 40. Es gibt spezielle Einrichtungen, deren Aufgabe in der Umschulung älterer Arbeitnehmer im Falle von Massenentlassungen besteht. Das geschieht in Verbindung mit dem ESF. Die Erfolgsrate liegt bei 80 %.

### **Berufsorientierung (Frage 19)**

63. Information, Orientierung und Beratung werden von einer Reihe von Ländern als wichtige Themen angesehen, und viele Berichte befassen sich mit neuen, auf bestimmte Zielgruppen ausgerichteten Initiativen. Bestand das Ziel von Berufsberatung bisher im Wesentlichen darin, jungen Menschen beim Übergang von der Schule in das Arbeitsleben zu helfen, so wird man sich jetzt zunehmend stärker der Tatsache bewusst, dass eine solche Beratung ständig vorhanden sein muss, ein Leben lang und angeboten von gut ausgebildetem Personal. Dennoch bleibt offensichtlich noch viel zu tun, bevor von einem kohärenten System der lebensbegleitende Beratung in der gesamten Union die Rede sein kann. Überdies kann nicht davon ausgegangen werden, dass der Zugang zu Beratung Beschäftigten und in der Ausbildung Stehenden überall möglich ist.
64. Allerdings gibt es einige viel versprechende Anzeichen. **Österreich** verfügt beispielsweise über ein offensichtlich gut entwickeltes Beratungssystem. Das obligatorische Berufs- und Studienberatungssystem der Schulen ist mithilfe der Informationstechnik erheblich ausgebaut worden, und auch der schulpsychologische Dienst wurde einbezogen. In den Schulen stehen Erwachsenenbildungsberater für Menschen im erwerbsfähigen Alter zur Verfügung, und das gesamte Land ist mit einem Netzwerk von Jobinformationszentren überzogen, die Beratungsleistungen zu den für eine bestimmte Stelle angebotenen Berufsbildungskursen erbringen. **Italien** besitzt ein heterogenes Beratungssystem, das das ganze Land abdeckt. Neben privaten Einrichtungen spielt eine Reihe staatlicher Gremien eine aktive Rolle bei der Beratung: Berufsbildungszentren, Arbeitsverwaltungen, Jugendberatungsbüros. **Schottland** hat einen alle Altersgruppen umfassenden Dienst der berufsbezogenen Beratung geschaffen, um in Bezug auf Lernmöglichkeiten, Beschäftigung und berufliche Entwicklung Unterstützung anzubieten. **Spanien** weist darauf hin, dass sein Nationales Zentrum für Berufsberatung, das in Verbindung mit dem Bildungsministerium tätig wird, zum *Euroguidance-Netzwerk* im Rahmen von Leonardo da Vinci gehört, dessen Aufgaben unter anderem in der Bereitstellung von Informationen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene bestehen. **Norwegen** verweist auf ein Projekt, das sich in erster Linie mit der Erhöhung der Motivation befasst und jungen Menschen, die die Schule abgebrochen haben und weder eine Arbeit noch eine Ausbildung haben, eine nachfassende Beratung anbietet. In mehreren Berichten wird der Einsatz von IKT bei der Berufsberatung hervorgehoben: Beispielsweise besitzt **Spanien** ein Portal für Berufsinformationen und -beratung, über das Informationen zu Ausbildungsangeboten einschließlich Kursen zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit und zur Rückkehr in das Berufsleben sowie über die

Evaluierung und Zertifizierung von Kompetenzen und die Berufs- und Beschäftigungsmobilität abgerufen werden können. **Irland** hat 35 Millionen Euro bereitgestellt, um bis 2006 ein umfassendes Erwachsenenberatungssystem aufzubauen, zu dem auch eine über das Internet zugängliche Datenbank zu Angeboten im Bereich der Erwachsenenbildung gehören wird. **Finnland** hat viele Neuerungen eingeführt. Angesprochen wird auch der Mangel an Studentenberatern. Auf nationaler und regionaler Ebene liegen Beratungspläne vor, deren wesentlicher Grundsatz das LLL ist. Für Erwachsene bestehen spezielle Informations- und Beratungsdienste. Eröffnet wurde ferner ein neues Bildungsportal mit einem Informations- und Beratungsangebot. Im Rahmen eines neuen und umfassenden Programms des Ministeriums für Arbeit werden Materialien zum Arbeitsleben erarbeitet. Beide Maßnahmen werden durch den ESF bezuschusst. In Belgien (Flandern) unterstützt das Projekt SOHO Studenten bei der Berufswahl. Ferner läuft ein Pilotprojekt, mit dem die Beratung zu beruflicher Bildung auf Teilzeitbasis unterstützt wird. Ein Lehrlingsausbildungssystem vermittelt Orientierung und trägt so dazu bei, die Grundlagen für späteres Unternehmertum zu legen. Ein viel versprechendes Projekt ist die Entwicklung des *Lernladens*, der darauf abzielt, Erwachsenen die Orientierung in Bezug auf die breite Palette von Lernmöglichkeiten in Flandern zu erleichtern. In Belgien (Wallonien) konzentrieren sich die angeführten Beratungssysteme offenbar auf Personen, die sich in der beruflichen Bildung befinden.

65. **Norwegen** verweist auf die Bedeutung der Validierung des nicht-formellen und informellen Lernens im Zusammenhang mit der Beseitigung von Hürden, die der Weiterbildung im Wege stehen. Zwar handelt es sich bei der Validierung nicht unbedingt um Beratung an sich, doch kann dies die erste Stufe zur Ermittlung ergänzender Ausbildungserfordernisse sein und dazu motivieren, die erforderliche Ausbildung abzuschließen. Ein in dieser Hinsicht beachtenswertes **französisches** Instrument ist die *bilan de compétences* [Kompetenzbewertung], die später noch besprochen wird (siehe Frage 21). Das **dänische** Parlament nahm im April 2003 ein Gesetz zur Reformierung des gesamten Systems der Erstberatung- und -orientierung an. In Verbindung mit dem 2002 verabschiedeten Gesetz über Transparenz und Offenheit im Bildungswesen verfügen junge Menschen damit über eine bessere Grundlage, um bei der Beurteilung der Bildungsprogramme und der Berufswahl nach realistischen Kriterien vorzugehen. In Kürze wird eine Gesetzesvorlage zur Reformierung der Erwachsenenberatungsdienste erwartet. In den **Niederlanden** wurde 2001 ein Wissenszentrum für die Bewertung und Validierung von Erfahrungslernen eingerichtet. In ähnlicher Weise bemüht sich Portugal, ein das ganze Land umfassendes Netz von Zentren für die formelle Bewertung und Validierung des von Erwachsenen bereits Gelernten aufzustellen. Die bestehenden 56 Zentren decken auch weitere Funktionen wie Bereitstellung von Informationen, Anleitung und kurzes Training ab. Schottland hat ebenfalls die Wichtigkeit der Anrechnung nicht-formell und informellen Lernens anerkannt und dies stellt eine wichtige Verpflichtung in Bezug auf die Entwicklung des schottischen Systems der Anerkennung und Qualifizierung dar. Belgien (Flandern) misst der Bewertung und Validierung von Erfahrungslernen ebenfalls große Bedeutung bei und hat für den Starttermin Juni 2002 einige prioritäre Projekte ausgewählt (in den Bereichen Einbürgerung/Sprachen, Ausbildung und Rolle von Lehrern und Projekte für Personen mit Schwächen beim Lesen und Schreiben und für junge Leute ohne Grundqualifikationen).
66. Ungeachtet der Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Gegebenheiten geht aus den Berichten als zentrale Botschaft hervor, dass sich die Abstimmung von Angebot und Nachfrage letztlich über den Verhandlungsprozess zwischen Bildungsnachfragern und Bildungsanbietern durchsetzt. Eine intensive lebenslange, alle Aspekte des Lebens umfassende Beratung ist insbesondere dann unerlässlich, wenn es sich um benachteiligte Gruppen handelt. Nicht behandelt wurde die allerdings wichtig erscheinende Frage, inwieweit dem Einzelnen als Voraussetzung für den Bezug sozialer Leistungen vorgeschrieben werden kann, an Orientierungsmaßnahmen zu allgemeiner und beruflicher Bildung und anderen Arten von Beratung teilzunehmen und diese zu akzeptieren.

## VI. Entwicklung einer Lernkultur

### Maßnahmen zur Förderung einer Lernkultur (Frage 20)

67. Nicht zu vermeiden ist, dass die Darstellung der Antworten auf diesen Teil des Fragebogens zu gewissen Überschneidungen mit anderen Abschnitten führt, daher werden Informationen, die bereits in anderen Abschnitten gegeben wurden, soweit dies möglich ist, hier nicht wiederholt. Erwähnenswert ist allerdings, dass in einigen Ländern die starke Betonung der Betreuung und des Lernens im Vorschulalter (**NL**) eindeutig mit der Entwicklung einer Lernkultur verknüpft ist. **Griechenland** unterstreicht die umfassende Bedeutung der Eltern und hat in Verbindung mit Elternvereinigungen ein Programm zur Weiterbildung der Eltern entwickelt.
68. Von **Österreich** wurden die Lehrerbildungsinstitute beauftragt, dem lebenslangen Lernen in ihren Lehrplänen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Dadurch soll den Kindern von klein auf die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens bewusst gemacht werden, darunter auch die Notwendigkeit des Lernens aus eigenem Antrieb. Hierbei handelt es sich um einen wichtigen Schritt, dessen Auswirkungen jedoch erst sehr langfristig zu spüren sein werden.
69. **Norwegen** will ein umfassendes Netzwerk für den Sektor allgemeine und berufliche Bildung aufbauen („Nationales Lernnetz“), das Zugang zu Informationen über alle Lernmöglichkeiten bietet. Der erste Schritt bestand in der Einrichtung eines Portals für Hochschulbildung im März 2003. In **Finnland** ist die Teilnahme an Bildungsmaßnahmen nach Beendigung der Schulpflicht so hoch, dass für eine besondere Förderung keine große Notwendigkeit gesehen wird. Hier umfasst die Strategie für „Allgemeine und berufliche Bildung und Forschung in der Informationsgesellschaft“ auch den Zugang zu einer virtuellen Schule, einer virtuellen Fachschule und einer virtuellen Universität. An Universitäten laufen offene Kurse für Jedermann. Die Zielgruppe der Universität für den dritten Lebensabschnitt sind ältere Menschen ungeachtet ihres Alters oder früherer Lernergebnisse.
70. **Finnland** gehört zu den Ländern, in denen die berufliche Erstausbildung unter jungen Menschen einen schlechten Ruf hat. Um dieses Bild zu ändern, wurde eine Kampagne organisiert, die auf Gesamtschulschüler, deren Eltern und Berufsberater abzielt. In **Belgien** (Wallonien) wird die Attraktivität der Berufsbildung indirekt durch die beiden neuen Aktivitäten im Rahmen des Gesetzes vom Juli 2001 gefördert, durch die zwei neue Arten von alternierender Ausbildung eingeführt wurden.
71. Nur wenige Länder melden spezielle Maßnahmen zur Vermittlung eines positiven Bildes vom Lernen. In mehreren Ländern laufen Programme in den Medien, um die Menschen für das Lernen zu motivieren. Man geht davon aus, dass 40 % der **dänischen** Bevölkerung die Fernsehkampagne vom Herbst 2002 kennen, denn 124 000 Erwachsene haben in Erwägung gezogen, einen Kurs zu besuchen, und im Dezember 2002 taten dies dann 26 000 Personen. Mehrere Länder haben verschiedene Maßnahmen eingeführt, auf die während des Europäischen Jahrs des Lebenslangen Lernens hingewiesen wurde. So gibt es (**UK, L, B** (Flandern), **NL**) Lernwochen für Erwachsene oder Lernende generell, bei denen auch die Vernetzung von Erwachsenenbildungszentren, kommunalen Gruppen und Zentren, Bibliotheken und Museen eine Rolle spielt, um den Menschen das Lernen näher zu bringen. In einigen Ländern (**UK, NL, A**) gehören dazu auch „Schnupperkurse“, die vornehmlich an Orten stattfinden, wo sich Menschen in geselliger Runde zusammenfinden (Freizeitzentren, Kneipen usw.), und weniger in den herkömmlichen Bildungseinrichtungen. Messen zum Thema Studieren oder Berufslaufbahn tragen in einigen Ländern (**F, A, IRL**) zur Förderung einer Lernkultur bei. **Irland** verweist auch auf verschiedene Initiativen, die von der Wirtschaft unterstützt werden (Young Scientists' Competition, Young Enterprise Award usw.). Darüber wird in den Medien umfassend berichtet, und sie ermutigen junge Menschen, sich an Projekten und anderen Aktivitäten zu beteiligen, die ihre formale Bildung fördern.

### Die lebensumspannende Dimension des lebenslangen Lernens (Frage 21)

72. Eine der Schlüsselfragen besteht im Aufbau von Qualifikationsstrukturen und Systemen, die, ohne Abstriche an der Qualität zuzulassen, flexibel und umfassend sind und allen Lernenden den Übergang von einem Niveau zum nächsten ermöglichen. Das Ziel besteht in der Schaffung eines Qualifikationsrahmens, der nicht nur die unterschiedlichen Leistungsklassen und Niveaus der allgemeinen Bildung und des Lernens integriert, sondern auch die der beruflichen und technischen Ausbildung. Viele Berichte beziehen sich nicht nur darauf, sondern verweisen auch auf die Notwendigkeit, nach Wegen zu suchen, wie früher erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten und vor allem Qualifikationen und Kompetenzen anerkannt werden können, die am Arbeitsplatz erworben wurden (**E, F, I, L, S**). In gewissem Sinne kann davon ausgegangen werden, dass eine Qualifikationsstruktur aus der Sicht des Einzelnen das Grundgerüst für die Gestaltung und Weiterentwicklung einer Strategie für das lebenslange Lernen bildet.
73. Die meisten Länder berichten über mehrere Initiativen auf diesem Gebiet, die sich jedoch hinsichtlich ihres Umfangs und ihrer Ambitionen unterscheiden. Viele befinden sich gegenwärtig noch im Entwicklungsstadium. In **England** ersuchten Anfang 2003 Minister die Qualifications Curriculum Authority, weiter an der „Untergliederung der Qualifikationen in bestimmte Einheiten“ („unitisation“) zu arbeiten, die in vier Stufen erfolgen und im Sommer 2007 abgeschlossen sein soll. In **Schottland** sind im „Rahmen für Studienleistungen und Qualifikationen“ einheitliche und integrierte Bedingungen für ein breites Spektrum von Angeboten für allgemeine und berufliche Bildung festgelegt, um den Transfer zwischen erworbenen Studienleistungen zu ermutigen. In **Finnland** kann der Sekundarstufenabschluss unabhängig von der Art der Erlangung der entsprechenden Kompetenzen erworben werden. Rechtlich besteht die Möglichkeit, an Prüfungen für die Sekundarstufe I oder II teilzunehmen, ohne dass dafür die entsprechenden formalen Kurse besucht worden sein müssen. Auch in **Belgien** (Flandern) können alle Erwachsenen in Prüfungen der Sekundarstufe teilnehmen und einen ISCED-3-Abschluss erwerben, ohne an den entsprechenden Kursen teilgenommen zu haben. In **Irland** sieht der neue Qualifikationsrahmen (der die Spanne von einfachen Schreib- und Lesefähigkeiten bis hin zum Doktorgrad umfasst) die Möglichkeit der Anerkennung von Lernergebnissen ungeachtet der Art der Kenntniserlangung vor und ermöglicht die Anerkennung von Teilkompetenzen nach Modulen. Nach einem **spanischen** Gesetz von 2002 können nicht formal erworbene Kompetenzen bewertet und anerkannt werden. Unter bestimmten Umständen ist auch eine teilweise Anerkennung möglich. Dabei ist das Augenmerk besonders auf Gruppen wie Schulabbrechern, Erwachsene ohne Abschluss und Einwanderer gerichtet, für die diese Regelungen in besonderem Maße gelten. In **Belgien** (Wallonien) gibt es zwei Möglichkeiten für den Übergang vom nicht formalen zum formalen Lernen – eine für die Sekundarstufe und die andere auf Hochschulebene. Vor kurzem wurde im Zusammenhang mit den Zielvorgaben des Rates von Lissabon im Jahre 2000 eine Initiative zur Gewährleistung der Validierung von im Rahmen des lebenslangen Lernens erworbenen Kompetenzen ins Leben gerufen.
74. Die **französische bilan de compétences** (Kompetenzbewertung) ist eine besonders gut strukturierte Maßnahme zur Förderung der Validierung von Kenntnissen und Fähigkeiten, die im nicht formalen und informellen Wege erworben wurden. Danach hat jeder Arbeitnehmer nach jeweils fünf Jahren Arbeit Anspruch auf eine gründliche Bewertung der erlangten Kompetenzen. Das nützt sowohl dem Einzelnen als auch dem Unternehmen, da sich beide ein Bild von den vorhandenen Fähigkeiten, den beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten und einem eventuellen Fortbildungsbedarf machen können. Ferner besteht die Möglichkeit, durch Erfahrung gewonnene Kenntnisse und Fähigkeiten validieren zu lassen. Auch Arbeitsuchende können auf diese Dienste zurückgreifen, die ein landesweites Netz von staatlichen Zentren anbietet.
75. Eng verknüpft mit der Ermittlung von Kompetenzen (bei der der Einzelne selbst im Mittelpunkt steht) ist die Frage ihrer Validierung (die besonders für mögliche Arbeitgeber eine Rolle spielt). Ein gutes Beispiel dafür ist das **norwegische** „Projekt zur Erfassung der

tatsächlichen Kompetenzen“. Es bietet die Möglichkeit, alle Fertigkeiten, Kenntnisse, Fähigkeiten und Befähigungen zu erfassen, die Menschen durch formales, informelles und nicht formales Lernen erworben haben. Die Dokumentation ist Eigentum des Einzelnen, und der Staat sowie die Sozialpartner unterstützen gemeinsam die dem System zugrunde liegenden Regelungen. Die Reform der Erwachsenenbildung in **Dänemark** aus dem Jahre 2001 sieht die Anerkennung früher erworbener Kenntnisse und Fähigkeiten sowie einen persönlichen Studienplan im Rahmen der Berufsbildung vor. **Irland** und **Portugal** haben kürzlich mit der Erarbeitung eines umfassenden Rahmens begonnen, in den in Verbindung mit entsprechenden Regelungen auch die Anerkennung von Kompetenzen unabhängig von der Art ihrer Erlangung eingebettet sein soll. Im Jahre 2002 erließ **Frankreich** ein Gesetz zum Recht auf Validierung früher erworbener Kenntnisse und Fähigkeiten, einschließlich des Rechts auf spezielle Freistellung und finanzielle Unterstützung für das Validierungsverfahren, das insgesamt oder teilweise die Grundlage einer Qualifikation ausmachen kann. Außerhalb des Arbeitsplatzes erworbene Erfahrungen, wie freiwillige Tätigkeit, können berücksichtigt werden. Dieser radikale Schritt wird durch ein nationales Verzeichnis von Qualifikationen, eine Werbekampagne und den Aufbau eines landesweiten Netzes von Beratungszentren unterstützt. In **Österreich** wiederum ist eine teilweise Validierung die Norm: Das informelle Lernen kann teilweise als Basis für den Zugang zu Prüfungen dienen –was die Anrechnung früher erworbener Kenntnisse und Fähigkeiten ermöglicht, jedoch erfolgt selten eine Anrechnung ohne Prüfung. Ein solcher Ansatz dürfte die Lernkultur stärken, da der Abschnitt informellen Lernens durch Zeiten formalen Lernens ergänzt werden muss. Andernfalls können keine Prüfungen abgelegt werden.

## VII. Streben nach Exzellenz

### Verbesserung der Qualität des Angebots für lebenslanges Lernen (Frage 22)

76. Viele Berichte zeigen, dass die Gewährleistung der Qualität ein besonderes Anliegen darstellt. Während einige Qualitätsmechanismen speziell auf das System der allgemeinen und beruflichen Bildung zugeschnitten sind, gehen andere auf allgemeine Initiativen zur Qualität des Angebots öffentlicher Dienstleistungen oder von Leistungen zurück, die an private Unternehmen vergeben wurden. In **Schweden** wird eine Anhebung der Qualität auf allen Ebenen angestrebt (von der Vorschule bis zur Hochschule), und kürzlich wurde ein neues System für die Evaluierung der Qualität der Hochschulbildung eingeführt. Dazu wurde die nationale Bildungsbehörde im Frühjahr 2003 in zwei getrennte Agenturen aufgeteilt, von denen eine für Monitoring und Evaluierung zuständig ist. Schulen und Gemeinden müssen jährlich einen Qualitätsbericht vorlegen. In **England** wurde im April 2001 mit dem Common Inspection Framework ein neuer nationaler Rahmen für die Anhebung der Standards geschaffen. Zusätzlich dazu erfolgt zweimal im Jahr eine offizielle Bewertung jedes Anbieters. Auch in **Schottland** und **Wales** bemüht man sich, einen Rahmen für das Qualitätsmanagement der gesamten allgemeinen und beruflichen Bildungsmaßnahmen nach der Pflichtschulzeit zu schaffen. Die **österreichische** Regierung hat kürzlich eine Kommission zur Zukunft der Schulen eingesetzt, zu deren Aufgaben die Entwicklung eines nationalen Qualitätsmanagementsystems und die Festlegung von Leistungskriterien gehören. In Portugal ist durch ein Gesetz im Dezember 2002 ein neues System der Evaluierung der Qualität in der Bildung, das den Bereich von der Vorschule bis zur Sekundarstufe umfasst, lanciert worden. Das „Bildungsbewertungssystem“ schlägt einen nationalen Rahmen um Standards zu heben und die Identifizierung von guten Beispielen aus der Schulpraxis vor. Ferner wird auf die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung von Lehrern und Ausbildern verwiesen (unter anderem **Nordirland** und **Luxemburg**).
77. Im Rahmen einer größeren Initiative zur Verbesserung der Qualität von Leistungen, die an private Anbieter vergeben werden, führte **Frankreich** 2002 spezielle Maßnahmen in Bezug auf die Berufsbildung ein, zu denen auch Anforderungen an die Qualifikation von Mitarbeitern von Bildungseinrichtungen gehören. Viele Länder (**DK**, **UK**: **Schottland**,

**England...**) erklären, dass die meisten Maßnahmen eine Bestimmung zu Überprüfungen enthalten, die oftmals von unabhängiger Seite innerhalb eines bestimmten Zeitraums durchgeführt werden müssen. Vielfach erfolgt die Überprüfung bereits vor der verbindlichen Durchsetzung einer Maßnahme. In **Italien** wird seit kurzem die Qualität von Prozessen, Systemen und Ergebnissen der allgemeinen und beruflichen Bildung evaluiert.

78. **Norwegen** ist dabei, einen *Learning Condition Monitor* einzurichten, mit dem festgestellt werden soll, wie günstige Bedingungen für das Lernen im Erwachsenenalter aussehen müssen. In **Finnland** wurden mehrere legislative, strukturelle und operative Maßnahmen durchgeführt, um die Qualität der allgemeinen und beruflichen Bildung zu sichern; verantwortlich sind dafür die Anbieter und zwei fachliche Räte, die entsprechende Evaluierungen vornehmen. In **Belgien** (Flandern) überprüft ein Inspektorat die Schulen um sicherzustellen, dass diese ihre sozialen Aufgaben erfüllen und die kommunalen Mittel verantwortungsbewusst ausgegeben werden. Außerdem gibt es eine Verordnung, die eine interne und externe Überwachung der Qualität der Lehre an den Hochschulen ermöglicht. Die Umsetzung des Aktionsplans für das lebenslange Lernen wird jährlich bewertet. Eine spezielle Kabinetts-übergreifende Gruppe, die sich aus Vertretern der Politikbereiche Bildung (Vorsitz), Beschäftigung, Wirtschaft und Kultur zusammensetzt, kommt regelmäßig zusammen, um Fortschritte auf dem Gebiet des lebenslangen Lernens zu erörtern. Auch in **Belgien** (Wallonien) soll das Angebot an allgemeiner und beruflicher Bildung verbessert werden. *FOREM*, die für Beschäftigung und Ausbildung zuständige Verwaltung, prüft die Qualität, indem sie Praktikanten zwischen sechs Monaten und einem Jahr nach Beendigung der Ausbildung weiter beobachtet.

### Überprüfung der Strategien und der Verknüpfung mit anderen Politikbereichen (Frage 23)

79. Die Antworten zu diesem Thema fielen im Allgemeinen recht mager aus. In **Griechenland** beschäftigt sich ein spezieller Dienst für die horizontale Überwachung von ESF-Maßnahmen mit den erreichten Fortschritten und der Wirksamkeit von Maßnahmen. Auch in **Österreich** wird die Mitwirkung des ESF als Auslöser für einige Überwachungsmaßnahmen bezeichnet, woraus zu erkennen ist, dass sich Überprüfungen in Verbindung mit den Strukturfonds in gewisser Weise auf die Vorgehensweise in den Mitgliedstaaten auswirken. **Österreich** erwähnt außerdem seine Teilnahme an einer von der OECD durchgeführten Länderüberprüfung zum Lernen von Erwachsenen, da diese Gelegenheit für Koordinierung, Konsultationen und Überlegungen zu zukünftigen Reformen biete.

## Anhang

### FRAGEBOGEN

#### Zur Umsetzung der Ratsentschließung des es zum lebensbegleitenden Lernen

##### EINLEITUNG

In seiner Entschließung vom 27. Juni 2002 zum lebensbegleitenden Lernen<sup>9</sup> führte der Rat der Europäischen Union aus: „Allgemeine und berufliche Bildung sind unentbehrlich für die Förderung des sozialen Zusammenhalts, ein aktives Staatsbürgertum, ein erfülltes Privat- und Berufsleben sowie für die Anpassungs- und Beschäftigungsfähigkeit. Lebensbegleitendes Lernen erleichtert die uneingeschränkte Mobilität der europäischen Bürger und ermöglicht die Verwirklichung der Ziele und Vorstellungen der Länder der Europäischen Union, nämlich wohlhabender, wettbewerbsfähiger, toleranter und demokratischer zu werden.“

Ferner begrüßte der Rat die Mitteilung der Kommission „Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen“<sup>10</sup> und die Tatsache, dass darin das lebenslange Lernen zu einem Grundprinzip für allgemeine und berufliche Bildung gemacht wird.

Um die in seiner Entschließung dargelegten Ziele und Prioritäten verfolgen zu können, forderte der Rat die Mitgliedstaaten auf, im Rahmen ihrer Verantwortung eine Vielzahl von Politiken und Aktionen umzusetzen. Ferner ersuchte er die Kommission, vor der Tagung des Europäischen Rates im Frühjahr 2004 in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten einen Sachstandsbericht über die Umsetzung der Entschließung des Rates und der Mitteilung der Kommission zu erarbeiten. Gemäß den Schlussfolgerungen der Ministerkonferenz von Bratislava (Juni 2002) werden sich daran auch die Bewerberländer sowie die EWR-Staaten beteiligen.

Im Sinne des „integrierten Ansatzes“ für strategische Initiativen auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, der auf Konvergenz und Kohärenz ausgerichtet ist, wird dieser Bericht Bestandteil des Zwischenberichts über das Arbeitsprogramm zur Umsetzung der Ziele der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa sein, der rechtzeitig zur Tagung des Europäischen Rates im Frühjahr 2004 vorliegen soll.

Um diesen Bericht erstellen zu können, benötigt die Kommission die Mitarbeit der zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten, den Bewerber- und EWR-Ländern, damit sie die erforderlichen Angaben zum Stand der einzelnen Länder bei der Erarbeitung und Umsetzung von Strategien und Politiken für das lebenslange Lernen zusammentragen kann.

Der Veröffentlichung ihres Memorandums über lebenslanges Lernen im Oktober 2000<sup>11</sup> folgten umfangreiche Konsultationen. Dadurch erhielt die Kommission Zugang zu außerordentlich aufschlussreichen Informationen über die Auffassungen und Standpunkte zum lebenslangen Lernen aus den Mitgliedstaaten, Bewerber- und EWR-Ländern sowie aus der Zivilgesellschaft.

Diese Informationen waren für die anschließende Erarbeitung der Mitteilung sehr nützlich und vermittelten ein detailliertes Bild von der Lage in den einzelnen Ländern.

Im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie legten die Mitgliedstaaten zudem im Mai 2002 ihre nationalen Aktionspläne vor, die weitere Informationen – wenngleich hauptsächlich aus arbeitsmarktpolitischer Sicht – zu den nationalen Strategien für das lebenslange Lernen lieferten. Auch die darin enthaltenen Angaben wird die Kommission für den Bericht verwenden. Allerdings werden die Mitgliedstaaten ihre neuen nationalen Aktionspläne – mit Bezug auf die neue Generation von Leitlinien – erst nach der Sommerpause vorlegen, d. h. zu spät, um sie im Bericht der Kommission über die Umsetzung der Entschließung und Mitteilung zum lebensbegleitenden Lernen berücksichtigen zu können.

Mit diesem Fragebogen fordert die Kommission daher die Länder nicht auf, die bereits geleistete Arbeit noch einmal zu wiederholen. Die Länder werden gebeten, beim Ausfüllen des Fragebogens **lediglich relevante neue Informationen** zu Politiken, Strategien zum lebenslangen Lernen sowie zu den neuesten Konzepten, Programmen, Projekten und Aktionen **bereitzustellen**.

Ein erster Entwurf dieses Fragebogens wurde an die Gruppe der Nationalen Koordinatoren für das lebensbegleitende Lernen auf deren Tagung in Brüssel am 2. Dezember 2002 verteilt. In der vorliegenden Fassung sind die Anmerkungen, die auf dieser Tagung gemacht wurden, sowie die in der Zwischenzeit an die Kommission gerichteten schriftlichen Kommentare berücksichtigt.

<sup>9</sup> Entschließung des Rates vom 27. Juni 2002, Nr. 2002/C 163/01, ABl. C 163 vom 9.7.2002, S. 1.

<sup>10</sup> KOM(2002) 678 endg. (November 2001).

<sup>11</sup> SEK(2000) 1832 vom 30. Oktober 2000.

# **FRAGEBOGEN**

## **ZUR UMSETZUNG VON STRATEGIEN FÜR DAS LEBENSLANGE LERNEN DURCH DIE MITGLIEDSTAATEN**

In seiner EntschlieÙung zum lebensbegleitenden Lernen ersucht der Rat die Mitgliedstaaten, „umfassend und kohärent Strategien auszuarbeiten und umzusetzen, die auf den Grundsätzen und Bausteinen beruhen, die in der Mitteilung der Kommission genannt werden, und dabei alle relevanten Beteiligten, insbesondere die Sozialpartner, die Zivilgesellschaft sowie die örtlichen und regionalen Behörden, einzubeziehen“. Ferner bittet der Rat die Mitgliedstaaten, „im Einklang mit der Europäischen Beschäftigungsstrategie die für diese Strategien benötigten Mittel bereitzustellen und das allgemeine lebensbegleitende Lernen zu fördern, indem sie nationale Ziele zur Erhöhung der Investitionen in Humanressourcen, einschließlich des lebensbegleitenden Lernens, aufstellen und die vorhandenen Ressourcen optimal einsetzen, Initiativen entwickeln, die den Privatsektor dazu anregen sollen, in das Lernen zu investieren, und einen gezielteren Rückgriff auf europäische Finanzierungsinstrumente und die Europäische Investitionsbank zur Unterstützung dieses Ziels in Erwägung ziehen.“

### **I. ALLGEMEINER RAHMEN**

1. Beschreiben Sie die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen, in denen die Strategien für das lebenslange Lernen in Ihrem Land umgesetzt werden. Erfolgt die Entscheidungsfindung durch Regionalregierungen bzw. dezentral, geben Sie bitte ausführlich die Zuständigkeiten der einzelnen staatlichen Ebenen in diesem Prozess an.
2. Beschreiben Sie, wie Ihre Regierung die effektive Koordinierung und Einheitlichkeit der Maßnahmen zwischen einzelnen Ministerien und Abteilungen bei der Festlegung und Umsetzung der Politik des lebenslangen Lernens sicherstellt.

### **II. AUFBAU VON PARTNERSCHAFTEN**

3. Partnerschaften auf kommunaler Ebene. Beschreiben Sie, welche Maßnahmen getroffen wurden, um Partnerschaften auf kommunaler Ebene bei der Festlegung von Aktionen oder Projekten zur Förderung des lebenslangen Lernens zu unterstützen.
4. Sozialpartner. Beschreiben Sie, wie die Einbeziehung der Sozialpartner in die Festlegung und Umsetzung von Strategien und Konzepten für das lebenslange Lernen gewährleistet wird.
5. Schulen und Universitäten. Beschreiben Sie konkrete Maßnahmen, die auf die Förderung der Teilnahme von Schulen und Hochschulen an Programmen und Projekten des lebenslangen Lernens abzielen.

### **III. EINBLICKE IN DIE NACHFRAGE NACH LERNMÖGLICHKEITEN**

6. Beschreiben Sie, wie Ihre Regierung gewährleistet, dass jedermann Zugang zu den Grundkompetenzen hat, die allen Bürgern als notwendige Voraussetzung für alle Formen des weiteren Lernens vermittelt werden sollten.
7. Beschreiben Sie aktuelle Maßnahmen zur Entwicklung der IKT-Kompetenzen für die breite Bevölkerung oder für bestimmte Gruppen von Bürgern, um ihren Zugang zur Wissensgesellschaft zu verbessern.
8. Welche Maßnahmen wurden in letzter Zeit getroffen, um das Lernen am Arbeitsplatz zu fördern?
9. Wurden in jüngster Zeit spezielle (finanzielle, steuerliche usw.) Anreize geschaffen, um Wirtschaftszweige und/oder Unternehmen (insbesondere KMU) bei der Umsetzung von Programmen und Aktionen für das lebenslange Lernen zu unterstützen?
10. Beschreiben Sie unlängst ergriffene Maßnahmen zur Förderung der Rolle von Lernmoderatoren (Lehrer, Ausbilder, Pädagogen für die Erwachsenenbildung, Berufsberater usw.) und deren Anpassung an die Anforderungen, die sich aus der Umsetzung der Strategien und Konzepte für das lebenslange Lernens ergeben.

#### **IV. AUSREICHENDE MITTELBEREITSTELLUNG**

11. Wurde von Ihrer Regierung eine Zielvorgabe für Investitionen in Humanressourcen gesetzt, und wenn ja, welche? Welche Fortschritte wurden bei der Erreichung dieser Vorgabe gemacht?
12. Wurden für neue prioritäre Bereiche (z. B. Vorschulbildung, nicht formales und informelles Lernen, Erwachsenenbildung usw.) neue Mittel zugewiesen bzw. vorhandene Mittel umgelenkt?
13. Beschreiben Sie, welche Initiativen in Angriff genommen wurden, um private Investitionen in die Bildung anzukurbeln (z. B. öffentlich-private Partnerschaften).
14. Führen Sie Beispiele für öffentlich-private Partnerschaften im Bereich der lebenslangen allgemeinen und beruflichen Bildung an (z. B. gemeinsame Bereitstellung von Mitteln für die Entwicklung der Infrastruktur und/oder der Humanressourcen).

#### **V. ERLEICHTERUNG DES ZUGANGS ZU LERNMÖGLICHKEITEN**

15. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um durch Beseitigung der wichtigsten Hürden für das Lernen (Alter, soziale Barrieren, geografische Hindernisse, Motivation usw.) den Zugang zu Lernangeboten zu verbessern?
16. Besonders von Ausgrenzung bedrohte Gruppen. Welche Maßnahmen wurden eingeleitet, um das lebenslange Lernen bei Gruppen zu fördern, die besonders von einer Ausgrenzung aus wissensbasierten Gesellschaft bedroht sind (Zuwanderer, Personen, die außerhalb städtischer Zentren oder in benachteiligten Wohngebieten leben, allein erziehende Frauen usw.)?
17. Jugend. Durch welche konkreten Maßnahmen soll die Beteiligung junger Menschen, die nicht von formalen Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung erfasst sind, am lebenslangen Lernen verbessert werden?
18. Ältere Bevölkerung. Wurden spezielle Maßnahmen eingeführt, mit deren Hilfe die Teilnahme von älteren Arbeitnehmern und Bürgern am lebenslangen Lernen verbessert werden kann, die nicht in den Genuss von Bildungsmaßnahmen im Anschluss an die Schulpflicht gekommen sind und die ihre Qualifikation verbessern müssen, damit sie im Erwerbsleben bleiben können, oder von älteren Bürgern, die sich auf den Ruhestand vorbereiten?
19. Wie werden Berufsorientierung und -beratung entwickelt, damit sie den Erfordernissen spezieller Zielgruppen gerecht werden und für den Nutzen des Lernens sensibilisieren können?

#### **VI. ENTWICKLUNG EINER LERNKULTUR**

20. Beschreiben Sie, welche Maßnahmen eingeleitet wurden, um auf Vorschul-, Schul- und Hochschulebene sowie in Jugendorganisationen und unter den Erwachsenen eine positive Einstellung gegenüber dem Lernen zu fördern und seine Vorteile stärker ins Bewusstsein zu rücken.
21. Wie tragen die regulären Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung dem Konzept des lebenslangen Lernens Rechnung, und wie werden vor allem die Anforderungen an Einstieg, Entwicklung und Anerkennung im formalen Sektor (z. B. Mechanismen für die Anerkennung früherer Lernabschlüsse, Methoden und Systeme für die Beurteilung und Bewertung von Kompetenz) entsprechend angepasst?

#### **VII. STREBEN NACH SPITZENLEISTUNGEN**

22. Beschreiben Sie die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Verbesserung der Qualität des lebenslangen Lernangebots und insbesondere für die Bewertung von lebenslangen Strategien, Programmen und Projekten in Ihrem Land.
23. Gibt es einen Modus für die regelmäßige Überprüfung dieser Strategien und die Bewertung ihrer Eignung, Effektivität und Synergien mit anderen staatlichen Politiken und Initiativen (lebenslanges Lernen und Beschäftigung, Innovation, Forschung und Entwicklung usw.)